

Dezember

Nr. 12/66

50 Pf 2 Hamburg 7 C 2835 E

elan

Zeitung für internationale Jugendbegegnung



Wirtschaftsreport:

**Das
Gespenst
der
Krise**

Auto-Bazar:

**Flöhe
greifen
an...**



elan-Interview mit Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg DD

Helft ihnen

Gerade im Weihnachtsmonat kommt der weltweiten Solidarität für das leidende Volk von Vietnam besondere Bedeutung zu. Direkte Hilfe ist möglich durch eine Spende für die „Hilfsaktion Vietnam“, zu der zahlreiche deutsche Persönlichkeiten und die Kampagne für Abrüstung aufgerufen haben. elan sprach darüber mit Oberkirchenrat Heinz Kloppenburg:

elan: „Das vietnamesische Volk wird erneut eine Kriegsweihnacht erleben. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um den Krieg in Vietnam zu beenden?“

Dr. Kloppenburg: „Der Krieg in Vietnam wird erst dann beendet werden, wenn die Amerikaner die Luftangriffe auf Nordvietnam, die eindeutig volkerrechtswidrig sind, ohne Bedingung einstellen. Dieser Schritt ist die Voraussetzung für die Ermöglichung von Verhandlungen.“

elan: „Welche Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der internationalen Protestbewegung gegen die Eskalation des Vietnamkrieges durch die Regierung Johnson zu?“

Dr. Kloppenburg: „Die internationale Protestbewegung gegen die Eskalation des Vietnamkrieges ist von erheblicher Bedeutung, weil sie der amerikanischen Regierung zu erkennen gibt, welcher Sympathieverlust in aller Welt für die USA mit dem Interventionskrieg in Vietnam verbunden ist.“

elan: „Wie beurteilen Sie das politische und wirtschaftliche Engagement der Bundesregierung zugunsten der amerikanischen Vietnampolitik?“

Dr. Kloppenburg: „Ich bedaure es, daß die Bundesregierung sich nicht — wie andere europäische Regierungen es getan haben — für eine Deeskalation in Vietnam eingesetzt hat und auch in keiner Weise Bedenken gegen das amerikanische Vorgehen zum Ausdruck bringt.“

elan: „Eine Frage, die in der Weihnachtszeit, aber auch darüber hinaus aktuell ist: Was können wir tun gegen diesen Krieg, wie können wir den Opfern und Leidtragenden des Krieges helfen?“

Dr. Kloppenburg: „Wir können den Opfern und Leidtragenden dieses Krieges helfen durch eine Verstärkung der Hilfsmittel, die wir zur Verfügung stellen, und durch unsere Mitwirkung an einer internationalen politischen Willensbildung, die ein Ende des Krieges in Vietnam fordert.“

Geldspenden auf Konto „Hilfsaktion Vietnam“ 16 250, Bank für Gemeinwirtschaft, 4 Düsseldorf 1, oder Postscheck Essen Nr. 1768

elan

Zeitung für internationale Jugendbegegnung

HERAUSGEBER: Pastor Horst Stuckmann, Bernhard Jendrejewski, Werner Weismantel, Pfarrer W. Heintzeler — **VERLEGER:** Karl Heinz Schröder — **Geschäftsführender REDAKTEUR:** Karl-Hubert Reichel — **Verantwortlicher REDAKTEUR:** Rolf J. Priemer — **REDAKTION:** 46 Dortmund, Kuckelke 20, Tel. 57 20 10. — **ERSCHEINT** in der Weltkreisverlags-GmbH, 6104 Jugendheim/Bergstraße, Alsbacher Straße 65, Postscheck-Konto: Ffm. 2032 90. — **FRANKFURTER BURO:** 6 Frankfurt/Main, Robert-Mayer-Straße 50 — **DRUCK:** U. J. Lahrssen, 2 Hamburg — **LESERBRIEFE:** erwünscht. — Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion — **Einzelpreis:** 50 Pfennig — **Jahres-Abonnement:** DM 5,— zuzüglich DM 2,— Zustellgebühr.

Leser für Leser

Post aus Frankreich

Neulich habe ich in einer französischen Zeitschrift von Ihrer elan genannten Revue gelesen. Ich interessiere mich für Deutschland und was dort verlegt wird. Und ich interessiere mich um so mehr für Ihre Revue, als ich die französische sogenannte Revue kenne und gern lese.

Deshalb freue ich mich sehr, wenn ich ein oder zwei Exemplare empfangen könnte.

André Pinel, 12 Rue H. Detailleur, 59- Warquehal, France

und der NPD-Mann angeregt unterhielten; der Herr Kiermayer blieb unbelebt, während man bei uns die Personalien notierte. Haben hier in München bestimmte Kreise ein wenig voreilig Notstand geprobt? Wie wäre es sonst möglich, daß man uns von der Straße weg aufs Polizeipräsidium brachte, obwohl es sich um keine organisierte Demonstration handelt. Aber mit der Notstandsgesetzgebung sind die Bonner Machthaber dabei, unsere Demokratie abzubauen und demokratische Bewegungen des Volkes aufzuhalten und notfalls mit Gewalt zu unterdrücken.

Ist es in unserem Staat bereits wieder üblich, gegen Krieg und Diktatur protestierende Bürger zu verfolgen, während man Mitglieder einer reaktionären und neonazistischen Partei aus einer solchen Polizeiaction herausträgt.

Walter Listl, Hans Reindl, München

Demonstration

elan sei eine der besten Zeitschriften, die es z. Zt. in der Bundesrepublik gebe, schrieben uns zwei Münchner und schickten den folgenden Bericht:

Sind Sie schon einmal von der Straße weg in einen vergitterten Polizeiwagen geschleppt worden, weil sie in alter Offenheit für eine friedliche Lösung des Vietnamkrieges eintraten? Und wurden Sie deshalb schon einmal unfreiwillig auf das Polizeipräsidium transportiert, zur Aufnahme Ihrer Personalien?

So erging es uns, etwa 15 friedliebenden Bürgern der Stadt München, die sich am 24. 10. 1966 vor dem Münchner Lokal „Künstlerhaus“ einfanden, in dem der amerikanische Botschafter George McGhee sprach. Mit zu Hause mitgebrachten Transparenten, die sich gegen den schmutzigen Krieg in Vietnam richteten, protestierten wir gegen den verbrecherischen Kurs der USA-Politik.

Leider wurde uns der Aufenthalt im Saal oder in der Vorhalle verboten, da sich der Herr Botschafter bedroht fühlte. Wenn sich der Herr Botschafter durch unsere Papp-schilder schon bedroht fühlt, um wieviel mehr muß sich da die Bevölkerung von Vietnam bedroht fühlen, wenn sie täglich von amerikanischen Bombenflugzeugen mit Napalm und Giftgas überfallen wird?

Auf der Straße ergaben sich lebhafte Diskussionen mit Passanten, unter denen sich auch ein „Kamerad“ von der NPD befand, der eifrig und lautstark bemüht war, für seine Partei Propaganda zu treiben. Als etliche Polizisten eintrafen, mußten wir die Texte unserer Plakate vorzeigen; wir wurden aber nicht aufgefordert, uns zu entfernen.

Ein gewisser Herr Schlachter, Hauptwachtmeister bei der Münchner Polizei, nahm den NPD-Mann bei der Schulter, nannte ihn beim Namen und sagte freundlich zu ihm: „Das hier ist nichts für Sie, Herr Kiermayer“. Drängte ihn ein Stück abseits, sprach kurz auf ihn ein, worauf sich beide Herren plötzlich eilig entfernten, bevor auf uns aus einem Fenster des Lokals ein Kübel stinkendes Spülwasser geschüttet wurde. Natürlich konnte der Täter trotz äußerster „Anstrengungen“ der Polizei nicht ermittelt werden. Man konnte dafür auch nicht viel Zeit aufbringen, denn die Beamten waren nun plötzlich damit beschäftigt, uns in eine soeben eintreffende „Grüne Minna“ zu verladen, während sich auf der anderen Straßenseite Herr Schlachter von der Polizei entfernen.

Beschämend

Ich stehe einem Gespräch zwischen Ulbricht und Gefeller durchaus positiv gegenüber. Das Gespräch müßte sogar noch weiter ausgedehnt werden: beide deutsche Regierungen müßten endlich miteinander verhandeln. Leider hat Bonn bisher alle diesbezüglichen Angebote seitens der DDR abgelehnt.

Es ist mehr als beschämend, wenn auf Befehl der Bonner Regierung die politische Polizei K 14 gegen die DJG und ihren Vorsitzenden vorgegangen ist. Das zeigt wieder einmal, wie in Wirklichkeit Bonn gegen jede Verständigung ist. Selbst den Dialog auf unterster Stufe fürchtet man in Bonn, wie der Teufel das Weihwasser.“

Ruth Heuzeroth, Niederschelderhütte

HINWEIS:
Der Postauflage dieser Zeitschrift liegt ein Prospekt des Progreß-Verlages bei. Wir bitten um Beachtung. Redaktion elan



Unser Titelbild:

Mireille Mathieu, 20 Jahre alt, eine junge französische Chansonsängerin, von der man sagt, sie singt wie die Piaf. Lesen Sie auch Seite 23, Plattenbazar.

aus dem Inhalt

WIRTSCHAFTSREPORT

9 Das Gespenst der Krise

Reportagen und Berichte

INTERVIEWS

4 Wilfred G. Burchett

Der Mann, der aus dem Dschungel kam

6 Max Reimann

Fragen an den KPD-Chef

27 Pierre Brice

Der Krieg in Vietnam

LITERATUR

24 Max von der Grün

Wallraff ist ein Ärgernis

TIPS FÜR AUTOFAHRER

8 Flohmarkt

Miniwagen greifen an

LESER DISKUTIEREN

7 Ledernacken, Beatles, Bond

Die Helden unserer Zeit

STOP

Die sechziger Jahre dieses Jahrhunderts brachten eine Fülle neuer Tänze. Nach dem Rock'n Roll kamen Twist, Madison, Bossa Nova, Slow Rock, Slop, Shake, Hully Gully, Letkiss, Surf und Bostella. Der allerneueste Tanz des Jahrgangs 1966 heißt „Stop op“.

Aus Monte Carlo über Frankreich antanzend, schickt er sich gerade zur Invasion der deutschen Beatkeller an. Vorgestellt wird der „Stop op“ hierzulande von Charly Cotton, dem Rauhkehligsten aller Reibeisen-sänger. Sicher erinnern Sie sich: der professionell heisere Charly war bisher darauf spezialisiert, populären klassischen Themen zu Hit-Ruhm zu verhelfen. Nach seinem

„Wilhelm Tell-Twist“ (sehr frei nach Rossini) tanzt man heute noch verschiedentlich. Aimé Barelli komponierte den „Stop op“ und Almang-Buschor den „One-Two-Three-Four-Stop-Op“.

Beim „Stop-Op“ sind alle Figuren erlaubt. Das ist nichts Neues. Doch Vorsicht! Achten Sie auf das Stop-Signal. Bei „Stop“ muß alles regungslos verharren. Und so wird getanzt:

1. Die Paare bilden einen Kreis, die Partner blicken sich an. Knie abwechselnd im Rhythmus heben. Die angewinkelten Arme kreuzen!



„Stop!“ — Pose beibehalten und nicht bewegen!

„Op!“ — weiter geht's im gleichen Rhythmus.

2. Einen Schritt vor, einen zurück (dreimal). Beim vierten Mal wird dabei gesurft: den rechten Arm heben, Hand zur Faust ballen und auf einem Bein in den Hüften wiegen! „Stop!“ . . . „Op!“ . . .
3. Vor und zurück wie bei 2, diesmal jedoch mit je zwei Schritten. Surf! „Stop!“ . . . „Op!“ . . .

Das ist alles. Achten Sie nur auf den Rhythmus und auf das nächste „Stop“!



DER MANN, DER AUS DEM DSCHUNGEL KAM

e l a n sprach mit Wilfried G.Burchett Autor von „Partisanen contra Generale“



Er ist Australier, in Kambodscha lebt er, sein Arbeitsfeld ist Vietnam. Wer die Wahrheit über den Kriegsschauplatz wissen will, wendet sich an ihn. Der einzige westliche Journalist, der direkten Kontakt zur Befreiungsfront hat, nennt ihn der SPIEGEL. Auf seiner Europareise sprach elan-Mitarbeiter Ernst Günther mit Wilfred G. Burchett:

Burchett: Vor einigen Wochen war ich wieder in Südvietnam, bei den Truppen der Befreiungsfront. Im Hauptquartier, mitten im Dschungel, habe ich ihren Vorsitzenden, Rechtsanwalt Nguyen Hun Tho getroffen. Wir kennen uns seit längerem. Auch die befreiten Gebiete habe ich wieder besucht. In Nordvietnam habe ich einige Monate Material für mein zweites Buch über den Krieg gesammelt, das in Kürze herauskommen wird, übrigens auch in deutscher Sprache.

elan: Wie ist die militärische Lage und wie schätzen Sie die Aussichten des Kampfes ein?

Burchett: Die Amerikaner sind nicht weitergekommen. Die Propaganda mit sogenannten Siegesmeldungen ist nur ein Ausdruck dafür. Nach wie vor können sie den Krieg nicht gewinnen. Das einzige, was sie zur Zeit fest in der Hand haben, sind ihre militärischen Stützpunkte, meist nur ein schmaler Küstenstreifen. Zwei Drittel des Landes sind Dschungel. Nach jedem Angriff müssen sie sich zurückziehen.

elan: Und wie wirkt sich der Einsatz der gewaltigen und brutalen Technik, der Bomben und Granaten aus?

Burchett: Die Verluste in den befreiten Gebieten sind niedriger als in den besetzten. Immer mehr Schutzräume werden dort gebaut und Rettungsmöglichkeiten gegenüber Angriffen entwickelt. Das Ky-Regime jedoch erlaubt weder Schutzeinrichtungen noch rechtzeitige Flucht, da die Amerikaner nach der Propaganda als „Freunde“ kommen. Der Vater eines Kindes, das bei einem solchen Angriff verletzt oder getötet wird, schließt sich den Vietkong an.

elan: Wie beteiligt sich die Jugend am Befreiungskampf ihrer Heimat?



Mitten im Dschungel und in den Dörfern der befreiten Gebiete werden Schulen eingerichtet, um das Analphabetentum zu bekämpfen. Auch sie dienen den US-Bombern als „strategische Ziele“, müssen oft verlegt oder wiederaufgebaut werden.
(alle Fotos: Burchett)

Burchett: Schauen Sie die Bilder der Kämpfer an, da haben Sie die Antwort. Die meisten Soldaten gehören der jungen Generation an. Die jüngeren sind in der Jugendorganisation der Befreiungsfront, die über 500 000 Mitglieder zählt. Die Kinder helfen, indem sie Teile der abgeschossenen US-Flugzeuge sammeln, die wertvolle Rohstoffe sind.

elan: Besteht nun das Leben des Volkes nur aus Kampf? Ist durch den Krieg alles zivile Leben und jeder Fortschritt ausgelöscht?

Burchett: Die Bedingungen des Lebens sind hart und zwangsläufig den ständig drohenden Angriffen angepaßt. Aber der Kampf gilt ja einer friedlichen und besseren Zukunft. Immer mehr Schulen werden eingerichtet. In den befreiten Gebieten informieren Wandzeitungen die Bevölkerung über Neuigkeiten. Auch Freizeit gibt es: Spiele werden gemacht und im tiefen Dschungel habe ich sogar Tischtennisplatten vorgefunden. Viele Soldaten tragen Transistor-Radios bei sich, mit denen sie auch ausländische Sender hören. Jeden Abend ist eine Stunde Unterricht, zweimal in der Woche Diskussion über Nachrichten aus aller Welt. „Wer ist unser Feind und wer unser Freund?“ — damit beginnt die politische Erziehung.

elan: Wann und wie wird der Krieg zu Ende gehen? Welche Hilfe können wir leisten?

Burchett: Die internationalen Aktionen gegen den amerikanischen Krieg und die Hilfeleistungen sind in der Befreiungsfront bekannt. Ich selbst bringe ihnen jedes Mal Stöße von Zeitungsausschnitten darüber mit. Für den Willen und Kampf des vietnamesischen Volkes um Unabhängigkeit und Fortschritt des Landes ist die Solidarität in anderen Völkern gegen die amerikanische Intervention sehr hilfreich und ermutigend. Je stärker der internationale Druck auf die USA wird, mit der Befreiungsfront zu verhandeln, die Truppen abzuziehen und die Vietnamesen selbst über ihr Schicksal bestimmen zu lassen, desto eher kann der Krieg beendet werden. Nur darin liegt das Ziel der Befreiungsfront und nicht etwa in einem Sieg über die USA. Auf dieser Basis will sie Frieden schließen; sonst wird sie ihre Anstrengungen verstärken, um den Krieg zu gewinnen. Helfen Sie mit, die Wahrheit zu verbreiten und die Solidarität zu vergrößern.

E. Günther



Foto unten: Verpflegung und militärischer Nachschub müssen auf den verborgenensten und strapazienreichsten Wegen zu den Kämpfenden transportiert werden. Eiserner Wille und Einfallsreichtum werden der technischen Überlegenheit der Amerikaner entgegengestellt.



Es war vor acht Wochen: Der Landtag von Nordrhein-Westfalen feierte Geburtstag mit den Männern der ersten Stunde. Liberale, Christdemokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten waren geladen. elan beschloß, mit einem Manne zu sprechen, der bei der Geburtstagsfeier nicht dabei war, der hierzulande als Verfemter gilt.

Als einzige deutsche Jugendzeitung hatte elan den Mut, mit dem Vorsitzenden der seit zehn Jahren verbotenen KPD, Max Reimann, zu sprechen: Über die Zeit vor 20 Jahren, über das umstrittene KPD-Verbot. Und über die Meinung der Kommunisten zu Fragen, die uns allen heute auf den Nägeln brennen.

elan

sprach mit dem roten

Reimann



elan: Nach dem Zusammenbruch 1945 kam es zu einer offenbar guten Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und Christen bzw. SPD, KPD und CDU. Viele junge Menschen können sich heute kaum vorstellen, wie das möglich war. Können Sie uns sagen, wie es damals dazu kam und welche Ergebnisse dieser Zusammenarbeit entsprangen?

Max Reimann: Die bitteren Erfahrungen der Hitlerdiktatur hatten Kommunisten und Sozialdemokraten in den Konzentrationslagern zusammengeführt. Wir schworen uns: Sollten wir diese Hölle des KZ jemals wieder lebend verlassen, dann wollen wir gemeinsam solche Verhältnisse in Deutschland schaffen, daß sich Krieg und Faschismus nie wiederholen. Der Wille, gemeinsam ein Deutschland aufzubauen, das als geachtetes Mitglied der Völkergemeinschaft zu einem Friedensfaktor in Europa wird, hatte uns zusammengeführt. Durch die Zusammenarbeit vor allem von Kommunisten und Sozialdemokraten und durch den Fleiß der Arbeiter wurde die Wirt-

schaft rasch wieder inganggebracht. Damals war von den Herren der Großindustrie und der Banken, die allesamt Hitler unterstützt hatten und heute wieder den Ton angeben, niemand zu sehen.

Das wichtigste Ergebnis dieser Zusammenarbeit war, daß sich die Werktätigen mehr Einfluß auf das staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben sichern konnten. In zahlreichen Landesverfassungen sind z. B. für die Werktätigen weit mehr Rechte enthalten, als ihnen heute von der Regierung zugestanden werden. So heißt es z. B. im Artikel 26 der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen, an dessen Formulierung wir maßgeblich mit beteiligt waren: „Entsprechend der gemeinsamen Verantwortung und Leistung der Unternehmer und Arbeitnehmer für die Wirtschaft wird das Recht der Arbeitnehmer auf gleichberechtigte Mitbestimmung bei der Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung anerkannt und gewährleistet.“ Leider gingen Führer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Laufe der Zeit auf die Position

der Gemeinsamkeit mit dem Monopolkapital und der Führung der CDU/CSU über und verstärkten zugleich den Antikommunismus. Damit zerstörten sie das bis dahin praktizierte gemeinsame Handeln der Arbeiter. Wie die Entwicklung zeigte, führte das zur Minderung des Einflusses der arbeitenden Menschen auf das wirtschaftliche, politische und staatliche Leben, während die Positionen des Industrie- und Finanzkapitals und ihrer Partei, der CDU/CSU, immer stärker wurden. Daraus erklärt sich auch, daß z. B. die Gewerkschaften nach wie vor gezwungen sind, einen energischen Kampf um das Recht der Mitbestimmung zu führen, das ihnen in Nordrhein-Westfalen laut Landesverfassung längst gewährt werden müßte.

Wir Kommunisten bemühten uns nach 1945 ständig und bemühen uns auch heute darum, daß vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten im Bündnis mit allen friedliebenden demokratischen Kräften für die Sicherung des Friedens, der Demokratie und der sozialen Belange der Werktätigen zusammenwirken.

elan: Auch von zahlreichen jungen Leuten wird die Frage gestellt: Muß das Zechensterben sein? Wie kommt es, daß Metallarbeiter um ihre Arbeitsplätze bangen müssen? Sie haben viele Jahre im Landtag von Nordrhein-Westfalen gearbeitet. Was würden Sie, Herr Reimann, diesen jungen Leuten antworten?

Max Reimann: Das Zechensterben muß nicht sein. Es ist das Ergebnis einer verfehlten, auf Profitstreben beruhenden Wirtschaftspolitik. Die Krise im Bergbau könnte unverzüglich durch die Inangriffnahme eines langfristigen nationalen Energieplanes beendet werden. Heute gibt es viele Möglichkeiten, die Kohle im Bereich der Energiewirtschaft und der chemischen Industrie zu veredeln. In den USA und in Frankreich wird dieser Weg beschritten. Warum sollte er nicht auch bei uns möglich sein? Der Absatz der Kohle könnte auch durch den Bau neuer Wärmekraftwerke und Heizwerke gesichert werden. Die Erhaltung des Kohlenbergbaus ist von großer nationaler Bedeu-

tung; denn die Kohle ist unser wichtigster nationaler Energieträger.

Ich habe lange Jahre als Bergmann im Ruhrgebiet gearbeitet. Darum kenne ich die Sorgen der Kumpel in diesen Wochen und Monaten und fühle mit ihnen. Für die Sicherung des Bergbaus und der Arbeitsplätze der Kumpel halte ich folgende Sofortmaßnahmen für notwendig: Schluß mit den Zechenstilllegungen; keine Zahlung von Stilllegungsprämien; Feierschichten müssen verhindert werden bzw. deren volle Bezahlung garantiert werden. Zu den Sofortmaßnahmen zähle ich auch die Aufstellung verbindlicher Sozialpläne und außerdem halte ich es für unerlässlich, daß die ausländischen Ölkonzerne einer strengen Kontrolle unterworfen werden.

Wenn ich Sie recht verstanden habe, sind auch Sie der Meinung, daß immer mehr Menschen unseres Landes voll Ungewißheit und Sorge in die Zukunft sehen. Zeigt sich doch, daß unser Wirtschaftsleben keineswegs auf stabilen und gesunden Grundlagen ruht. Will man aus dieser Entwicklung einen Ausweg finden, so ist es notwendig, die Ursachen, die zu ihr geführt haben, zu erkennen. Die Regierung behauptet, an allem sei die Maßlosigkeit der arbeitenden Menschen und ihrer Gewerkschaften schuld. Das ist nicht wahr. Schuld ist ein politischer Kurs, der das Wirtschaftsleben den friedensgefährdenden militärischen Machtzielen und dem egoistischen Profitstreben einer kleinen Gruppe von Multi-millionären unterwirft. Die maßlose Rüstung verschlingt einen immer größeren Teil der öffentlichen Mittel. Die Preisdiktatur der Konzerne führt zur ständigen Verteuerung der Lebenshaltung. Sie wissen selbst, daß Fahrpreise und Mieten steigen, daß Lebensmittel, Bekleidung und Gegenstände des täglichen Bedarfs immer teurer werden. Hinzu kommt, daß durch eine feindselige Haltung zum Osten traditionelle Absatzgebiete vernachlässigt oder sogar unzugänglich, und andererseits viele Industriezweige und Unternehmungen dem Großkapital der USA ausgeliefert werden.

Um die Wirtschaft und die Währung zu stabilisieren, die Vollbeschäftigung zu sichern und die

Fortsetzung auf Seite 26



Reimann und Renner 1949 im Parlamentarischen Rat

el an
Leser
diskutieren:

DIE HELDEN UNSERER ZEIT

Wer sind die Helden unserer Zeit?

Playboy Sachs? Lumumba? Bob Dylan?

Ledernacken? Beatles? 007?

Eine interessante und schwierige Frage.

Ernst Thälmann? Albert Schweitzer?

Franz Josef Strauß?

Die ersten Antworten zeigen es.

Machen Sie mit. Diskutieren Sie mit.

Schreiben Sie Ihre Meinung.

Mein Vorbild: Urwalddoktor

In meinen Augen war Albert Schweitzer ein Held. Er hat viele Opfer gebracht, um den Menschen im Urwald Afrikas zu helfen. Er hat dort ein Krankenhaus gebaut, um den Menschen zu helfen. In Europa hätte er bestimmt ein ruhigeres Leben gehabt.

Karsten Warnke, Hamburg

Mein Vorbild: Franz Josef

Mein Vorbild heißt Franz Josef Strauß. Zwar hat sich Strauß in der Spiegelaffäre sehr unklug verhalten und wurde deshalb mit Recht aus der Regierung genommen. Seither hat er jedoch wohl eindeutig seine politischen Fähigkeiten unter Beweis gestellt. Und wir Bayern haben bei den jüngsten Wahlen gezeigt, daß wir hinter Strauß stehen und ihn allein für fähig halten, die Regierungskrise in Bonn zu lösen. Aber nicht nur wir Bayern wollen einen Bundeskanzler Strauß. Inzwischen haben viele andere vernünftig denkende Bundesbürger erkannt, daß wir einen starken Mann brauchen, der regieren kann und der uns aus der Krise führt.

Ich meine, daß Strauß durch seine Tätigkeit in den letzten Jahren ein gutes Vorbild für die jungen Menschen abgibt. Viele meiner Freunde sind da der gleichen Meinung, die Ihnen sicherlich nicht paßt. Mir ist völlig klar, daß Sie diese Zuschrift natürlich nicht veröffentlichen werden.

Peter Giesel, Nürnberg

Mein Vorbild: Martin Niemöller

Helden sind für mich Menschen, die sich einsetzen für das Gesamtwohl oder das einer Gruppe, unter Hintersetzung der eigenen Interessen, oft auch durch Hingabe des eigenen Lebens. Unter einem Vorbild stelle ich mir einen Menschen vor, der sein Leben so führt, daß man ihm nacheifern muß. Diese Vorbilder können z. B. sein: Lord Russell, Pastor Niemöller, Albert Schweitzer.

Helmut Rieper, Hamburg

Mein Vorbild: Vietcong

Ein Held ist für mich jeder Mensch, der unter Einsatz seines Rufes, seiner wirtschaftlichen Existenz und auch seines Lebens für die Menschenrechte, den Fortschritt und den Frieden eintritt. Deshalb halte ich die Kämpfer der vietnamesischen Befreiungsfront, die Widerstandskämpfer im 3. Reich, Martin Luther King und Albert Schweitzer für Helden und nicht die sogenannten Einzelkämpfer der Bundeswehr, die nur sobald wie möglich wieder in Rußland sitzen sol-

len; oder die Ledernacken, die an Grausamkeit der SS in nichts nachstehen.

Mein Vater ist seinerzeit von der Gestapo zusammengeschlagen worden, daß er alle Zähne verlor und einen dauerhaften Schaden behielt; mein Großvater starb 1952 an den Folgen der KZ-Haft in Buchenwald. Ich halte auch sie für Helden. Wenn es in der Welt mehr solche Menschen gäbe, so stände alles nicht so schlimm.

Marie-Luise Schirnacher,
350A Eschenstruth/Kassel

Mein Vorbild: Widerstandskämpfer

Wenn von Helden die Rede ist, werden oft Soldaten genannt, die im 2. Weltkrieg gefallen sind. Sie aber haben genau wie die Amerikaner in Vietnam ihr Leben für eine schlechte Sache eingesetzt. Zum Helden gehört der Einsatz für eine gute Sache. Deshalb sind auch die unzähligen Widerstandskämpfer, die Deutschland vom Faschismus erretten wollten, die wahren Helden. Ein James Bond, der nur so zum Spaß über Leichen geht, ist bestimmt kein Held, wohl aber ein Arzt, der im aufopfernden Selbstversuch die Menschheit von einer Krankheit befreien hilft.

Britta Jagow, Hamburg

Mein Vorbild: Kommunistenführer

Es ist sehr schwer, dies zu entscheiden, doch spielt letzten Endes eine Rolle, wer sich für die Menschheit (nicht nur für die Weißen) eingesetzt hat und sich einsetzt. Meine Vorbilder sind:

1. ERNST THÄLmann. Niemand hat geglaubt, als Thälmann sagte: Wer Hitler wählt, wählt den Krieg. Er war ja Kommunist!?! Thälmann war ein Mensch, dem wir nacheifern sollten. Keiner braucht dabei Kommunist werden, Mensch sein genügt schon.

2. JOAN BAEZ. Eine Erscheinung, die hoffentlich noch lange die Menschheit begeistern und auch zum Handeln zwingen wird.

3. DREI SCHRIFTSTELLER, die Unendliches durch ihre Romane, Erzählungen und Gedichte der Menschheit gaben: Kurt Tucholsky, Carl von Ossietzky und Wolfgang Borchert.

Keine Vorbilder für mich sind: Adolf Hitler, und wenn er zehnmal Autobahnen baute. Wenzel Jaksch, ein Hohn für Heimatvertriebene. Franz-Josef Strauß; kein Kommentar. General Ky, ein Hohn für die Freiheit der Völker. Julius Streicher.

Bernhard Langer, Eidinghausen
4975



TIPS FÜR AUTO FAHRER

Die „kleinen Ausländer“ sind zum Kampf um den deutschen Markt angetreten. Sie warten auf mit Minispritverbrauch und Miniparkplatzansprüchen.

FLOHMARKT

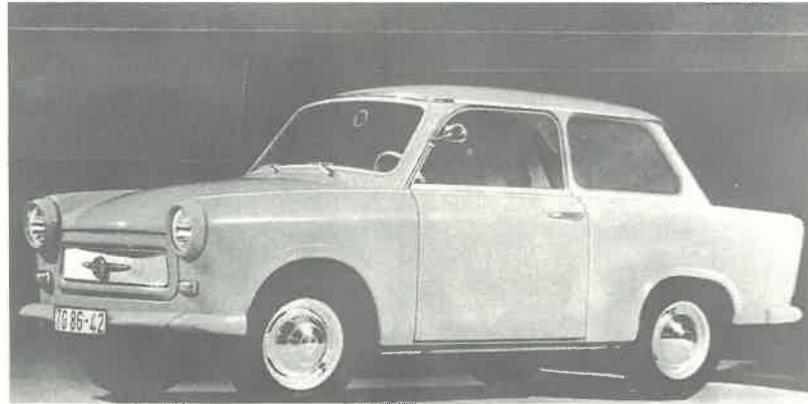
Franzosen meinen, man steige nicht durch die Tür eines anderen in den Fonds der Wagen. Also: jedem seine Tür auch am Kleinwagen. Und wer den ständigen Einsatz von Hand und Fuß beim Fahren

nicht schätzt, bekommt nun auch einen „Kleinen“ mit automatischem Getriebe angeboten. Wir stellen vier Fahrzeuge der unteren Klasse unseren Lesern vor. Sie kommen aus Großbritannien, der

DDR, Holland und Frankreich. Technische Daten sowie Versicherungskosten sind in der Tabelle zusammengefaßt.

TRABANT 601

Kunststoff
rostet nicht



Wir haben uns an Ganzstahlkarosserien gewöhnt. Und an Roststellen, die auch Neuwagenbesitzern zu schaffen machen. Die Sachsenring-Werke in der DDR kontern mit dem Werbeslogan: Kunststoff rostet nicht! Sie haben für den Trabant 601 eine Karosserie auf Kunststoffbasis entwickelt.

Der Rahmen ist aus Stahl, während die Außenteile aus Duroplast gefertigt werden. Der luftgekühlte Zweitakter ist in der Ausstattung jedem vergleichbaren Fahrzeug westlicher Produktionen gewachsen. Das billigste Fahrzeug auf dem deutschen Markt.

MORRIS MINI

Straßenfloh
mit Muskeln



Die Typbezeichnung Mini trifft seine äußere Erscheinung. Der wasergekühlte Vierzylinder ist jedoch nicht als Spielzeug für die Kleinen gedacht. Selbst Driver in Gardengröße werden das Dach beim Fahren nicht abzuheben brauchen. PS, Leistung und Preis entsprechen der ausgelaufenen VW-Serie 1200.

Besonders für den Großstadtverkehr zu empfehlen. Was Parkraum und verstopfte Kreuzungen betrifft: er findet immer eine Lücke.

RENAULT 4

Jedem
seine eigene Tür



Die hohen französischen Benzinpreise machen den Renault 4 für deutsche Käufer zu einem attraktiven Fahrzeug. Frankreichs Renault-Werke haben hier ein Fahrzeug produziert, das mit dem Minispritverbrauch von 5,5 l auf 100 km auskommt. Weitere französische Merkmale:

fünf Türen auch für den Kleinwagen, Dreiganggetriebe (vollsynchronisiert).

DAF L

Automatik-
Volksausgabe



Die holländischen Produzenten haben ihren „Kleinen“ mit automatischem Getriebe ausgerüstet. Das vereinfacht zwar das Fahren (vor allem für „Frischlinge“ nach bestandener Prüfung), trifft aber nicht den Geschmack jedes PS-Freundes. Das stufenlose Schaltsystem verhindert unangenehme Erschütterungen

während der Fahrt. Besonders bemerkenswert erscheint noch der gewaltige Kofferraum, in dem man spielend eine komplette Campingausrüstung mit allem sonstigen Gepäck unterbringen kann.

Hersteller	Typ	ccm	PS	Benzinverbrauch auf 100 km	Spitzen-geschwindigkeit	Kfz.-Steuer jährlich	Versicherung jährlich	Preis ab Werk
D A F	L	746	26	7,0 l	105	115 DM	278 DM	4 690 DM
V E B Sachsenring	Trabant	594	23	6,8 l	100	87 DM	247 DM	3 190 DM
Renault	4	845	26	5,5 l	110	130 DM	278 DM	3 950 DM
B M C	Morris Mini	970	34	8,0 l	125	140 DM	354 DM	4 850 DM

**Was ist los mit unserer
Wirtschaft? Finanzkrise in Bonn.**
**Entlassungen und Kurzarbeit bei Eisen
und Stahl. Preise, die im Raketentempo
in die Höhe sausen. Lohnkürzungen
und Steuererhöhungen. Stahlflaute.
Weitere Zechenschließungen und
Feierschichten im Bergbau,
der bald einem Mann
gleichen wird, dem man
Arme und Beine
amputiert hat.
Zangenangriff von
Regierung und
Mönen auf den
Lebensstandard
Diesen Fragen
ist e l a n
nach
gegangen.**

Wirtschaftsreport

Das Gespenst der Krise

Bottrops Kumpel gaben das Signal

Bergbau-Report

Schichtwechsel auf der Zeche Möller/Rheinbaben in Bottrop. Einen Kumpel sprechen wir an, zwanzig, fünfundzwanzig bleiben stehen. Und sagen ihre Meinung zu dem, was ihnen der Vorstand des Hibernia-Konzerns mitzuteilen hatte. Zwischen „Sehr geehrter Mitarbeiter“ und der Forderung, ihm weiter zu vertrauen, stand der Beschuß, die Zeche sterben zu lassen. Der Belegschaft wurde angeboten, auf der weitab gelegenen Zeche Westholt zu arbeiten.

Wer hat den Nutzen von der Stilllegung? „Na, die Bosse da oben. Den Unternehmern geht's doch nur ums Geld. Was aus uns wird, ist denen doch egal.“ Unsere nächste Frage: Was ist die Ursache für das Zechensterben? Die Antwort kommt vielstimmig: „Bonn hat uns an die Amis verkauft. Die verklappen doch soviel Öl bei uns, wie sie wollen.“ „Und wen die Amis erst im Griff haben, dem ziehen sie den Hals zu, ob das in Vietnam ist oder hier.“ Was wird, wenn die Zeche dichtgemacht wird? „Wenn hier Schluß ist, kriege ich sowieso keine Arbeit mehr. Ich gehe in die Ostzone. Ulbricht hat den Bergleuten ja gesagt, daß sie in der Ostzone Arbeit bekommen können. Dort geht es mit der Wirtschaft voran. Solche Schweinereien wie bei uns gibt es da nicht.“ Wir erwarten gegenteilige Meinungen. Es kommt kein Widerspruch. Unsere letzte Frage: Haben Sie noch Vertrauen zur Hibernia? Die Antwort ist unmißverständlich: „Wir haben kein Vertrauen mehr. Wie kann man Vertrauen zu jemand haben, der einen ständig belügt?“

Nichts als Versprechungen

Ständig belogen wurden also die Kumpel von Hibernia. Wir unterhielten uns mit Ferdinand Bergmannshoff, 43, Elektriker unter Tage auf Rheinbaben. Drei Zechen hatte der bundeseigene Hibernia-Konzern in Bottrop: Zweckel, Scholven und Möller/Rheinbaben. Auf allen drei hat Bergmannshoff gearbeitet. Unfreiwillig: Zweckel und Scholven wurden nacheinander stillgelegt. Bergmannshoff: „Zweckel war meine erste Schachtanlage. 1949 habe ich da angefangen. Ich war damals 27 Jahre alt. Es sah im Bergbau dermaßen günstig aus, daß man sagen konnte, da haben wir eine feste Bleibe.“

Der Bergmann stand damals an der Spitze der Lohnskala. Er wurde gebraucht. Und man machte ihm Versprechungen. Die Kohle wurde als notwendigster und sicherster Energieträger für die Zukunft bezeichnet. Und damit wurde Sicherheit gegeben für den Beruf, für die Existenz des Bergmannes.

„Da fing ich an, mir ein Eigenheim zu bauen.“ Bergmannshoff beantragte bei Hibernia ein Darlehen. Die Verwaltung hatte Einwände: Der Weg von der Wohnung zur Arbeitsstätte sei zu weit. Genau 4 Kilometer waren es. Der Betriebsrat schaltete sich ein und Bergmannshoff erhielt das Darlehen. Aber schon 1961 wurde der Weg um das Doppelte weiter. Ohne die Schuld Bergmannshoffs.

„Uns wurde gesagt, man müsse Zweckel stilllegen, weil die Tonne Kohle bei Scholven um 3,50 DM billiger gefördert werden könne, und wir dadurch unseren Arbeitsplatz sicherten. Weil uns das einleuchtete, ist die Verlegung ohne Mucken vonstatten gegangen. Denn jetzt sollte ja der Arbeitsplatz gehalten werden. Wir lagen bei Scholven bei einer Schichtleistung pro Mann von über 3 Tonnen.“

IG Bergbau-Hauptvorstandsmitglied Karl van Berg: „Die heutige Demonstration ist Auftakt für eine Welle von Aktionen.“



Schlägerei um den Arbeitsplatz

Aber dann wurde auch Scholven dichtgemacht. Die Kumpel wurden wieder verlegt. Wieder mit dem Versprechen, jetzt sei der Arbeitsplatz sicher. Ein Teil kam zu Möller/Rheinbaben, 1100 Mann aber schon zur Zeche Westerholt. Sie hatten also Arbeit. „Aber wie die erste Schicht auf Westerholt gelaufen ist, das hat Hawner (Vorstandsmitglied bei Hibernia) nicht gesagt. Daß die Kollegen sich gekloppt haben, als die von Scholven hingekommen sind. Die sind als Flüchtlinge betrachtet worden. Dasselbe Problem wird heute wieder sein. Die Kollegen von Westerholt haben Angst, daß wir sie verdrängen“, sagt Bergmannshoff.

Schlägerei um den Arbeitsplatz. Aus Angst, aus Sorge um die eigene Existenz. Ist es das, was die Konzernbosse erreichen wollen? Ist das eingeplante Folge der Politik, die mehr Arbeiter als Arbeitsplätze für richtig hält? Was ist das für eine Gesellschaftsordnung, in der Arbeiter gegeneinander gehetzt werden wie Tiere?

Um den Lohn betrogen

Zu dieser Angst um den Arbeitsplatz kommen Erschwerisse und Lohnminderung für den Kumpel. Für Bergmannshoff verlängerte sich die Wegstrecke zur jeweils neuen Schachtanlage von 4 km (Zweckel) auf 8 km (Scholven), auf 11 km (Rheinbaben). Geht er auf das Hibernia-Angebot ein auf Westerholt anzufangen, hat er 17 km vor sich.

Und: „Seinerzeit hat Hawner bei Scholven gesagt: Sie verdienen daselbe auf der anderen Schachtanlage von Hibernia, wie sie hier auch verdienen. Aber als ich nach Rheinbaben kam, bekam ich pro Schicht 2 Mark weniger. Das waren im Monat 50 Mark. Auf Westerholt würden die mich wieder als Handwerker beschäftigen. Die werden mir aber wieder nur den Mindestlohn zahlen. Das sind 3 Mark pro Schicht weniger — und 70 Mark im Monat.“

So geht es nicht nur Bergmannshoff. Der Weg — und damit die tatsächliche Arbeitszeit — wird länger, die Lohntüte wird dünner. Und nicht nur um 70 Mark. Betriebsrat Walter Becker rechnet für rund 600 — meist ältere Bergarbeiter — mit monatlichen Lohnneinbußen von 220 bis 260 Mark. Und zu allem die ständige Unsicherheit: Wann wird diese Zeche stillgelegt?

„Wir werden Vertriebene“

Nach Westerholt gehen bedeutet außerdem, früher oder später die jetzige Wohnung aufzugeben und in der Nähe der Zeche eine neue und garantiert teurere Wohnung nehmen.

„Wir werden Vertriebene,“ sagt Bergmannshoff, „wir sollen alles, Verwandte, Freunde, Haus, aufgeben. An diese Härten denkt kein Mensch bei der Verwaltung und auch nicht bei der Regierung.“

Wer geht, fliegt aus der Wohnung

Bliebe der Ausweg, bei Hibernia aufzuhören und sich eine andere Arbeit zu suchen. Bergmannshoff und viele andere Kumpels haben es versucht. Aber: „Das ist das härteste. Ich hatte vor vier Jahren einen Arbeitsplatz bei Siemens. Da hat mir Hibernia gesagt: „Wenn



Betriebsratsvorsitzender Sych: „Nur verstärkte Proteste können eine Änderung herbeiführen. Wo die Regierung versagt hat, hat das Volk ein Recht auf Gewehr.“



Sie abspringen, müssen wir Ihr Darlehen mit 8% verzinsen! Und die 8% mußte ich ja irgendwie im Lohn reinholen, um auf meinen alten Stand zu kommen. Das war bei Siemens nicht drin. Da mußte ich auf Rheinbaben anfangen. Mit dem Darlehen bin ich 30 Jahre lang an Hibernia gebunden. Ich habe viele Kollegen von Scholven gesprochen, die bei der Hibernia arbeiteten. Die mußten dann volle Miete bezahlen. Denen kam der Gerichtsvollzieher ins Haus. Sie sind nach Hibernia zurückgekommen, nur weil sie die Wohnung halten mußten. Die hatten Kinder, wo sollten sie hin?"

Ausweg: Kampf

Für die Kumpel von Möller/Rheinbaben gibt es nur einen Weg aus der Misere. Den haben sie erkannt: Sie kämpfen gegen die Stillegung der Zeche. Sie wollen nicht länger wie eine Herde von Weide zu Weide getrieben werden. Deshalb sind sie auf die Straße gegangen mit der Losung: "Möller/Rheinbaben darf nicht sterben". "Schluß mit dem Zechensterben" forderten sie und "Gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Macht". Und diese Forderungen sind mehr als berechtigt.

Das große Sterben

Im westdeutschen Steinkohlenbergbau sind seit 1958 insgesamt 53 Schachtanlagen mit 120 000 Arbeitsplätzen liquidiert worden. Durch "Produktionseinschränkungen" auf weiteren Schachtanlagen gingen weitere 80 000 Arbeitsplätze verloren; darüberhinaus sollen bis Ende 1967 erneut 20 Betriebe mit 60 000 Arbeitsplätzen stillgelegt werden. Gegenwärtig verlieren Monat für Monat 3 000 Kumpel ihren Arbeitsplatz.

Der Gerichtsvollzieher geht um

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Münster registriert eine "erhebliche Zunahme" der Lohnpfändungen im Steinkohlenbergbau. Während viele Bergleute in diesem Jahr schon ihre 14. Feierschicht einlegen mußten, macht einer im Pütt Überstunden: Der Gerichtsvollzieher. Und auf mancher sauer ersparten Neuanschaffung klebt der Kuckuck.

Jetzt, wo die Taschen des Kumpels leer sind, zählt die IHK Münster Rundfunk- und Fernsehgeräte zu den "Luxusgegenständen". Als der Kumpel noch gut verdiente, überschlugen sich die gleichen Herren mit günstigen Ratenkauf-Angeboten.

Unter dem Sozialfürsorgesatz

"Tausende von Bergarbeitern liegen mit ihrem Nettoeinkommen durch die Feierschichten schon unter den Fürsorgerichtssätzen der Städte und Gemeinden", stellte die IG Bergbau in einem Schreiben an Bundes- und Landtagsabgeordnete fest.

In diesem Brief zitiert die IG BE aus den Lohnlisten der Schachtanlagen:

Ein verheirateter Hauer, zwei Kinder, der im Gedinge (Akkoord) arbeitet, gehört mit einem Schichtlohn von 41,73 DM zu den höchstbezahlten Bergleuten. Bei zwei Feierschichten im Monat liegt er mit seinem Einkommen nur 55,30 DM über dem Fürsorgerichtssatz. Schlimm



Betriebsjugendsprecher Franz Kemptner: "Die Unternehmer haben ausgewirtschaftet. Sie haben gezeigt, daß sie mit den Problemen nicht fertig werden."



Kumpel Bergmannshoff: "Hätten wir unsere Wirtschaftspolitik nicht einseitig nach dem Westen ausgerichtet, stünden wir nicht vor einer solchen Misere. Die schließen die Zechen zugunsten der amerikanischen Ölmillionäre, um eine größere Rolle in der NATO zu spielen und wohl auch um Atomwaffen zu bekommen."



"Die Bundeswehr fräß unser ganzes Geld auf. Wir brauchen keine Bundeswehr. Die Russen greifen uns nicht an, die wollen keinen Krieg."



IG Bergbau-Bevollmächtigter Vogler: "Später Generationen werden uns verfluchen, daß wir die Zechen absauen lassen und sie keine Kohlen mehr zur Verfügung haben."

mer dran ist der Handwerker, der Über Tage bei zwei Feierschichten mit 577,36 DM nachhause geht. Würde er nicht arbeiten, bekäme er vom Sozialamt 623 DM.

"Die Bergleute sind deprimiert. Sie arbeiten und wissen, daß sie doch nicht mehr an Einkommen haben als die Sozialempfänger. Der Sinn der Arbeit ist für sie verfälscht", sagt die IG Bergbau.

So übel sind die dran, die heute noch Arbeit haben. Wie aber geht es erst den anderen, für die es keine Chance gibt, in ihrem Beruf wieder Arbeit zu finden.

Der Verfassung ein Schnippchen geschlagen

Was im Ruhrrevier seit Jahren passiert, verstößt gegen die Verfassung. Unmißverständlich heißt es im Artikel 24 der Landesverfassung: "Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes."

Ebenso eindeutig sagt das Grundgesetz, Artikel 14, 2:

"Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen."

Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Verfassungswirklichkeit, wenn ausgerechnet der Bund mit der Schließung von "Möller/Rheinbaben" das Startsignal für die dritte Stillegungswelle gibt. Hier wird Politik auf dem Buckel der Kumpel gemacht.

Das Alibi vom Öl

Haupt-Alibi für die ratenweise Demontage des deutschen Steinkohlenbergbaus ist das Argument: Die Kohle ist gegenüber dem billigeren Öl nicht mehr wettbewerbsfähig.

Richtig daran ist eins: Daß die Unternehmer gegenwärtig am Öl mehr Profit machen als bei Kohle. Das ist der Grund, warum beispielsweise die DEA die Schachtanlage "Graf Bismarck" schloß und ins Ölgeschäft einstieg.

Und nicht nur die DEA.

Für die Unternehmer ist die Kohlenkrise ein Geschäft mit Doppelprofit: Sie verdienen am Öl. Und sie lassen sich sogar die Stillegung der Schachtanlagen aus der großen Bundeskasse (also vom Steuerzahler) prämieren: Runde 50 Mark erhalten sie für jede Tonne nicht geförderter Kohle! Den Schaden hat der Kumpel, haben die Städte, hat die gesamte Volkswirtschaft. Bottrop ist dafür das deutlichste Beispiel.

Konzern-Entscheidung bedroht die Stadt

Die Räte der Städte Bottrop und Gladbeck stellten in einer gemeinsamen Entschließung fest:

"Durch Zechenstilllegungen und Rationalisierungsmaßnahmen sind in beiden Städten seit 1957 bereits rd. 10 000 Arbeitsplätze im Bergbau verlorengegangen. Die beabsichtigte Stillegung der Schachtanlage Möller/Rheinbaben trifft beide Städte daher besonders schwer. Sie greift tief in das Leben von weiteren 3 200 Beschäftigten und deren Familien ein. Darüberhinaus trifft die Stillegung Handel, Handwerk, Gewerbe und viele freischaffende Bürger. Viele sind in ihrer Existenz bedroht. Die Entscheidung des Vorstandes der Hibernia AG bringt die Bergleute in eine verzweifelte Lage und bedroht außerdem die Entwicklung der betroffenen Gemeinwesen."

Die Ratsherren gingen von folgenden Tatsachen aus:

Rund 85% aller in der Industrie beschäftigten Arbeitnehmer der Städte sind im Bergbau tätig. Der Verlust von 3 200 Arbeitsplätzen bedeutet den Verlust von einem Viertel dieser Bergbau-Arbeitsplätze.

Stillegung bringt für beide Städte einen jährlichen Steuerausfall von mindestens 1 Million. Der Steuerausfall, der beim Handel und Handwerk durch die Abwanderung der Bergarbeiter entsteht, ist nicht geschätzt. Die Stadt rechnet außerdem mit einer Katastrophe auf dem Wohnungsmarkt, wenn Hibernia die Bergarbeiter, die die Verlegung nicht mitmachen, aus den Wohnungen wirft. Die Stadt müßte außerdem Gelände für die Neusiedlung von Industrien zur Verfügung stellen. Sie hat dieses Gelände nicht, oder müßte es von Hibernia teuer kaufen. Ein Ratsherr: Wir müssen den gesamten Etat für 1967 umwerfen.

Vergeudung volkswirtschaftlicher Werte

Und der Betriebsrat von Möller/Rheinbaben betrachtet die Absicht, die "moderne und rentable Schachtanlage stillzulegen, als einen Akt wirtschaftlicher Unvernunft ... Sie bedeutet eine unverantwortliche Vergeudung volkswirtschaftlicher Werte".

Er ging von diesen Tatsachen aus:

- Die Anlage ist zu 85% vollmechanisiert.
- In den letzten drei Jahren wurden 47 Millionen Mark investiert.
- Die Anlage fördert täglich 5 158 Tonnen Kohle.
- Die Leistung pro Mann und Schicht liegt bei 3 Tonnen.
- Der Kohlevorrat beträgt 106 Millionen Tonnen.
- Diese Menge reicht bei gleichbleibender Förderung aus, um noch 70 Jahre lang Arbeit zu bieten.

Brauchen wir eine eigene Energiebasis?

Fachleute schätzen, daß die bekannten Erdöl-Vorräte für ca. 50 Jahre ausreichen. Was dann?

Die vorhandenen Kohlevorräte würden für einige hundert Jahre ausreichen. Während die Bundesrepublik unsere nationale Energiebasis dem amerikanischen Erdöl als Opfergabe darbietet, werden die USA ihre Kohleförderung in den nächsten Jahren auf das Doppelte erweitern. Die Sowjetunion wird bis 1970 ca. 80 neue Gruben in Betrieb nehmen.

Bis zum Jahr 2000, so schätzen Energiefachleute, wird sich der Energiebedarf im Westen verdreifachen, im Osten versechsfachen in den Entwicklungsländern verzölfachen.

Die Kohle hat also Zukunft.

Und: Wir brauchen eine eigene, nationale Energiebasis. Gegenwärtig wird amerikanisches Öl bei uns unter dem Weltmarktpreis abgegeben. Was aber wird sein, wenn der Bergbau zutode geschrumpft worden ist, wenn wir das Öl nehmen müssen? Wir werden jeden Preis zu zahlen haben. Und dieser Preis wird angesichts der schwindenden Ölreserven über den heutigen Kohlepriisen liegen.

Werden wir zur Kolonie?

Wir geraten in wirtschaftliche und damit auch in politische Abhängigkeit. Jede Krise gefährdet die Fortsetzung auf Seite 12

Karl Hubert Reichel

Das Gespenst der Krise

Wirtschaftsreport

Der Maschinenschlosser Manfred Voges, 26, verheiratet, zwei Kinder, war früher der Spaßvogel seiner Abteilung. „Heute“, sagt seine Frau Annemarie, „heute kommt er mürrisch nach Hause. Und wenn die Kinder Weihnachtslieder im Radio hören, dann dreht er ab.“ Schlosser Voges kann keine Lieder von fröhlicher Weihnacht hören. Denn noch weiß er nicht, ob unter seinem Tannenbaum die übliche Weihnachtsgratifikation liegen wird oder die Kündigung.

Das Gespenst der Krise

Die Unsicherheit ist zum Stammgast der Arbeiterfamilien geworden. Besonders, seitdem das industrielle Herz der Bundesrepublik, das Ruhrrevier, von einem Infarkt bedroht ist. Das Gespenst der Krise geht um:

- Monat für Monat verlieren 3 000 Bergleute ihre Arbeitsplätze.
- Die Stahlindustrie entläßt jeden Monat 1 000 Arbeitskräfte.
- Im Baugewerbe gingen im letzten Jahr 38 000 Arbeitsplätze verloren.
- Gegenwärtig suchen an Rhein und Ruhr 70 000 Menschen einen Arbeitsplatz.
- In der Werkzeugmaschinen-Industrie wurden seit Jahresfrist 10 000 Arbeitskräfte freigesetzt.
- Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich verdreifacht. Von September (6 000) auf 18 800 im Oktober.
- Krupp verkürzte die Arbeitszeit in allen Hüttenwerken ohne Lohnausgleich.
- Zahlreiche Betriebe wollen die Löhne und Gehälter bis zu 10 Prozent kürzen.
- Beim Bochumer Verein sollen alle Arbeiter der Jahrgänge 1902 bis 1907 zum „freiwilligen Ausscheiden“ veranlaßt werden; die wöchentliche Arbeitszeit wurde auf 36 bzw. 38 Wochenstunden ohne Lohnausgleich reduziert.
- Jeder 2. Bundesbürger befürchtet nach einer Repräsentativumfrage des Frankfurter „Markt-Daten-Instituts“ den Verlust seines Arbeitsplatzes. 1)

Entlassungen als Druckmittel?

Seit September 1965 hat sich die Zahl der Beschäftigten in der Metallindustrie um 50 000 verringert. IG-Metall-Vorsitzender Otto Brenner hat den „Verdacht, daß dies wirtschaftspolitisch gewollt ist, um einen entsprechenden Druck auf die Lohndarstellung auszuüben und das Arbeitskräfteangebot zu erhöhen.“ Er sagt: „Genau dies ist der Gedanke, der sich mit dem historischen Begriff ‚industrielle Reservearmee‘ verbündet. Wer die Geschichte der Arbeiterbe-

wegung kennt, kann mich da nicht mißverstehen...“ 2) Ungewollt lieferte ausgerechnet der „Industrie-Kurier“, das Blatt der Unternehmer, den Beweis dafür, daß Brenner mit seiner Vermutung richtig liegt.

Sein Leitartikel vom 13. 10. 1966 liest sich wie eine Ausbeutungs-Fibel für Unternehmer.

Der „grandiose Irrtum“ eines Kalkulators habe dazu geführt, daß die Arbeiter eines Betriebes in 32 Stunden das geschafft hätten, wozu vorher 40 Stunden notwendig gewesen seien. (Komisch, daß Kalkulatoren nie „Irrtümer“ zugunsten der Arbeiter unterlaufen!?)

Der „Industrie-Kurier“ plädiert für eine „Durchleuchtung“ der Betriebe und stellt fest:

„Phantastische Ergebnisse“ habe eine Durchleuchtungsaktion gebracht, bei der sich das Unternehmen von seinen 30 besten Bummelanten trennte ...“ Das seien „vergessene Leistungsreserven“, die man jetzt nutzen sollte. 3)

Was der „Industrie-Kurier“ zur Nachahmung empfiehlt, ist das Rezept, mit dem die Unternehmer zum Generalangriff auf den sozialen Standard der Arbeiter angetreten sind:

Regieren mit der Peitsche

Kuschen, mehr produzieren für weniger Geld — oder Kurzarbeit, Lohnkürzung und Entlassung!

Bei den ersten Schwierigkeiten (oder bei vorgeschobenen) wird der Sozialpartner von gestern, mit dem man angeblich „im gleichen Boot“ saß, auf die Straße gesetzt.

Er soll eine Rechnung bezahlen, die er nicht gemacht hat. Denn an der Stahlflaute beispielsweise tragen weder Arbeiter noch Gewerkschaften die Schuld. Es gäbe sie nicht, wenn langfristig und im volkswirtschaftlichen Interesse geplant worden wäre, so wie es die Gewerkschaften wollten.

Heute wird sichtbar, daß von den großen Konzernen aus Profitsucht und

planlos große Überkapazitäten geschaffen wurden. Der Grund: In dieser kapitalistischen Privatwirtschaft entscheidet „einzig und allein der Profit und nicht das Interesse der Millionen Arbeitnehmer und der Volkswirtschaft!“ 4)

Für die selbstverschuldeten Schwierigkeiten der Bosse sollen die Arbeiter heute die Zechen bezahlen.

Georg Benz: „Gegen eine solche, den Frieden und die Wirtschaft gefährdende Politik, müssen wir uns mit allen Mitteln wehren.“ (ebenda) Die Zeit, da die Mächtigen der Wirtschaft mit Zuckerbrot regierten, ist vorbei. Jetzt wird wieder mit der Peitsche regiert.

Den Gürtel enger schnallen

„Der Verbraucher muß zahlen, ob er will oder nicht.“ 5) Und unter der Überschrift „Den Gürtel enger schnallen“ 6) prophezeite die „Welt“, eine Zwillingsschwester der „Bild“-Zeitung: „Die Bürger werden tief in die Tasche greifen müssen, um Bund, Länder und Gemeinden vor dem drohenden Bankrott zu retten.“ Diese Zeitung gehört dem vielfachen Millionär Axel Springer. Sie spricht aus, was man in Bonn plant: Den Angriff auf die schmalen werdende Lohnhöhe von Manfred Voges und seiner Kollegen.

- Die Lohnsteuer soll erhöht werden.
- Zuschüsse des Staates zur Sparförderung, für Fahrten mit dem Auto zur Arbeit und zur Ausbildung der Kinder sollen gestrichen werden.
- Angekündigt sind weitere Tariferhöhungen bei Bahn, Post und öffentlichen Verkehrsmitteln.
- Neue Mietsteigerungen kommen auf uns zu.
- Neue Verbrauchssteuern sind angekündigt, vor allem bei Benzin, Zigaretten, Spirituosen. Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Was auf den Bürger zukommt, ist eine Finanzpolitik a la Strauß, eine Politik, die dem Volk nichts verspricht, „als Schweiß und Tränen“. 7) Schweiß und Tränen für ein Volk, das für Erhards letzte Stipvisite bei Johnson (dem der Kanzler Milliarden versprach, die nicht vorhanden sind), runde 215 000 DM berappen mußte. 8)

1) SPIEGEL v. 22. 8. 1966

2) Otto Brenner in einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ vom 8. 10. 1966

3) Industrie-Kurier vom 13. 10. 1966

4) IG-Metall-Vorstandsmitglied Georg Benz vor 1000 Betriebsräten und Vertrauensleuten in Bochum, Okt. 1966

5) Die Welt v. 7. Oktober 1966

6) Die Welt v. 21. Oktober 1966

7) Strauß im Bayern-Kurier v. 2. 11. 1966

8) laut Angaben der NRZ v. 6. 10. 1966 bezogen die reinen Flugkosten für Erhards Washington-Reise 215 000 DM.



Haben wir bald ein zweites Heer: eine Arbeitslosen-Armee?

Wer treibt die Preise?

Wirtschaftsreport

Wenn Annemarie Voges einkaufen geht ...

Frau Voges versteht nichts von Volkswirtschaft. Aber wenn sie im Supermarkt einkauft geht, dann merkt sie, daß die Mark keine 100 Pfennig mehr wert ist.

„Jede Verteuerung schmälert den Wert der D-Mark. Am Preisindex für die Lebenshaltungskosten läßt sich diese Verteuerung deutlich ablesen. Alle Ausgaben für den täglichen Bedarf werden in diesem Index zusammengefaßt. Er stieg von 1950 bis Mai 1966 um 42,5 %, also ist der Wert einer DM auf 57,5 Pfennige, oder um 42,5 % gesunken.“ 9)

Und:

„Nach der Bundestagswahl 1965 kam die größte Preiswelle seit der Koreakrise.“ 10)

Während CDU-Kanzler Erhard ständig zum Maßhalten aufrief, schmolz in den Geldbörsen der Hausfrauen das Geld schneller als der Schnee. Und als Preistreiber betätigten sich die gleichen CDU-Regierung, die Maßhalte-Appelle am Fließband produzierte, zwei Beispiele:

● Durch die unsoziale Mietfreigabe stiegen die Mieten im Durchschnitt

der erfaßten Zwei-Personen-Hushaltungen in sechs Monaten um 22%.

● Die Bundesregierung gab mit ihrer Erhöhung der Tarife bei Post, Bahn, Strom, Gas und Wasser das Signal für weitere Preissteigerungen. Begründung: Kostensteigerungen. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes jedoch stiegen die Gewinnentnahmen aus öffentlichen Unternehmen von 1950 bis 1965 auf das Achtfache.

Das Märchen von der Lohn-Preis-Spirale

Wer ist schuld an den hohen Preisen? Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen?

Die unternehmerfreundliche Illustrierte QUICK schrieb unlängst:

„Die Antwort hört keiner gern: Die Deutschen haben über ihre Verhältnisse gelebt. Die Gewerkschaften haben zuviel Lohn gefordert – die Industrie hat sich nicht genügend dagegen gewehrt. Bund, Länder und Gemeinden haben gepumptes Geld für Luxusbauten verschwendet. Die Verbraucher haben zuviel gekauft und nicht genug gespart. Das hat die

Preise in die Höhe getrieben.“ 11) (siehe: Franz Steinkühler: Schwarzer Peter für Gewerkschaft.)

Bleiben wir bei dem Märchen von der Lohn-Preis-Spirale, bei der Zwecklüge von den maßlosen Gewerkschaften.

Von je 100 erfaßten Haushalten hatten 1961 insgesamt 77 Haushalte ein Einkommen unter 800 DM. In diesen Zahlen ist nicht nur das Einkommen der Familienväter, sondern auch der mitarbeitenden Ehefrauen und älterer Kinder enthalten. Dabei muß man wissen, daß 49 % aller Frauen und Mädchen zwischen 15 und 64 berufstätig sind.

Inzwischen sind die Einkommen – dank der Existenz starker Gewerkschaften gestiegen. Geblieben ist der Abstand zwischen dem Einkommen von Lohnempfängern und Selbständigen, wobei man bei Letzteren das schmale Gehalt vieler Angestellter mit den Managergehältern munter zusammenschmeißt. Ergo: Der Mehrheit war es nicht möglich, „über ihre Verhältnisse zu leben.“



9) „Preise – Geldwert – Einkommen“

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand

10) SPIEGEL 43/66

11) QUICK, Nr.

KONTRA FÜR KRUPP: Protest in Bochum gegen geplante soziale Demontage



Generalangriff auf die Brieftasche des kleinen Mannes?

Die große Gewinnexplosion

Wirtschaftsreport

Die „fünf Weisen“, von der Regierung bestellte unabhängige Sachverständige, erklärten 1964 in ihrem Jahrestachten:

- Es gibt keine Lohn-Preis-Spirale.

In ihrem Jahresbericht 1965 heißt es:

- Die Lohnerhöhungen können nicht für die Preissteigerungen verantwortlich gemacht werden.

- In acht von zehn Jahren – zwischen 1950 und 1960 – eilten die Gewinne den Löhnen voraus.

- Der Anstieg der Lohnquote zwischen 1950 bis 1964 ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß sich die Zahl der Beschäftigten von 14 auf 22 Millionen erhöht hat.

Da gibt es nun aber im Lohnstop-Rezept der „QUICK“ und auch in den Stellungnahmen der CDU-Prominenz ein großes Tabu: Die Gewinne der Unternehmer.

1948, bei der Währungsreform, fingen wir alle mit 40 DM Kopfgeld an. 15 Jahre später sagt die amtliche Statistik:

Es gibt 11 600 Vermögensmillionäre mit einem Gesamtvermögen von 38 Milliarden Mark. In keinem anderen Land gab es in so kurzer Zeit eine derartige „Gewinnexplosion“. Der Vorsitzende des Bundes deutscher Steuerbeamter, Fredersdorf, schätzt die Zahl der Vermögensmillionäre sogar auf rund 50 000.

Bezeichnenderweise ist es unmöglich, über die exakte Höhe der Gewinne Angaben zu erhalten. Im Gegensatz zu den Arbeitern haben die Unternehmer keine „gläsernen Taschen“.

Was Manager verdienen

Nimmt man die astronomischen Gehälter der Manager, die heute in der Regel nicht die Besitzer der großen Aktienpakete sind, als Maßstab, dann kann man sich allerdings in etwa ausrechnen, was Konzernherren wie Flick, Krupp und Thyssen verdienen.

Schauen wir uns einmal eine „Lohntabelle der Manager“ an. 12) Von 2 539 Vorstandsmitgliedern westdeutscher Aktiengesellschaften verdienten jährlich:

110 mehr als 250 000 DM
139 200 000 – 250 000 DM

184	150 000 – 200 000 DM
540	100 000 – 150 000 DM
1011	50 000 – 100 000 DM
555	unter 50 000 DM

Das mittlere Jahreseinkommen sämtlicher Vorstandsmitglieder: 100 350,- DM.

Das Netto-Durchschnittseinkommen eines Arbeiters lag 1964 bei 561 DM. Das Jahreseinkommen der 2 539 Vorstandsmitglieder dem durchschnittlichen Jahreseinkommen von nicht weniger als 454 169 Arbeitern. Laut SPIEGEL vom 16. Juni 1965 gehören der gehobenen Managergruppe etwa 50 000 hochdotierte Führungskräfte an.

Das größte Stück vom Kuchen

Wie würde wohl ein Vergleich der Löhne mit den Gewinnen der ganz Großen, der Besitzer der Konzerne und Banken ausfallen?

Übrigens: Zur gleichen Zeit, da ca. 200 000 Bergleute ihren Arbeitsplatz verloren, mußte nur eine Handvoll Vorstandsmitglieder ihre Posten aufgeben. Mit hohen Abfindungen versehen, das versteht sich. (ebenda) Daß der Begriff „Gewinnexplosion“ nicht übertrieben ist, zeigt ein Blick auf die Bilanzen von 50 großen Aktiengesellschaften im Jahre 1964. Darauf erzielten

29 Aktiengesellschaften unverändert hohe Dividende

18 erhöhten die Dividende

3 verringerten die Dividende

Dabei muß man die raffinierte Technik der Gewinnverschleierung in Rechnung stellen, über die der „Volkswirt“ schrieb:

„Für die Gewinnsituation ist es einigermaßen aufschlußreich, daß die Abschreibungen bei der Mehrzahl der Gesellschaften eine steigende Tendenz aufweisen. Die gestiegenen Abschreibungen ... wurden nicht nur verdient, sondern erlaubten darüber hinaus auch einen Gewinnausweis. Und man kann sicher sein, daß auf diesem Wege vielerorts manche stille Reserve gelegt wurde.“ 13)

Ansehnliche Managergehälter und horrende Dividenden – wer schuf die Voraussetzungen dafür? Prüfen wir.

Die Arbeitsleistung der deutschen Arbeiter ist seit 1948 erheblich gestiegen: Von 1949 bis Dezember 1965 hat sich die industrielle Produktion je Arbeiterstunde auf 335 % erhöht. Ein Arbeiter in der Industrie erzeugte also 1965 in einer Stunde im Durchschnitt dreimal soviel Waren wie 1949. Die Unternehmer verkauften diese dreifache Warenmenge zu einer fast vierfachen Geldmenge, exakt betrug die Ertragssteigerung das 3,94-fache.

Damit waren Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen mehr als gedeckt. Es blieb sogar Luft, viel Luft für Preissenkungen. Aber die Preise stiegen und stiegen und stiegen... Die Unternehmer haben sich an fette Gewinnjahre gewöhnt. Und heute erträgt bei Mannesmann Katastrophenbeschrei, wenn es 1966 „nur“ 10 % Dividende (1965: 14 %) gibt. Was die meisten Firmen dezent verschweigen: 10 % Dividende bringen 1966 mehr Geld als unter Umständen vor drei oder vier Jahren, weil vielfach das Kapital erhöht wurde, und weil es fast alljährlich zur Dividende Gratisaktien gab, auf die heute wiederum Dividende gezahlt wird.

Aus dem großen Topf

Die Unternehmer schnitten sich das größte Stück vom Kuchen. Und sie bedienten sich darüber hinaus munter aus der großen Bundeskasse:

● die direkten „Finanzhilfen des Bundes für die Wirtschaft“ betragen 1966 exakt 6,4 Mrd. DM,

● Steuernachlässe brachten die runde Summe von 12,9 Mrd. DM,

● dazu gab es „Zinszuschüsse“ in Höhe von 450 Millionen DM.

● Die Wirtschaft verfügt über einen zinslosen Dauerkredit in Höhe von etwa 20 Mrd. DM, weil die Finanzämter wegen Personalmangels fällige Steuern mit großer Verspätung anmahnen (siehe Kasten: Was Bonn den Bossen schenkt).

elan Umfrage

Wo soll der Rotstift ange setzt werden, um Bundes haushalt und Wirtschaft zu stabilisieren?

Otmar Günther

Abteilung Jugend beim Hauptvorstand der IG Metall

„Ganz drastisch am Verteidigungs etat. Viel Geld ließe sich einsparen bei den Waffeneinkäufen. Wir sollten nicht den Schrott im Ausland kaufen, sondern zu einer sinnvollen Planung übergehen. Im übrigen bin ich für eine Reduzierung der Bundeswehr und die Herabsetzung der Wehr pflicht auf 12 Monate. Dadurch würden erhebliche Mittel frei.“

Klaus Engel

Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft ÖTV

„Beim Verteidigungshaushalt. Man sollte die Wehrpflicht abschaffen, da durch könnte die Qualität der Bundeswehr gehoben und die Ausgaben gesenkt werden. Eine heutige Armee mit 500 000 Soldaten ist nicht sinnvoll.“

Kurt Sprenger

Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend

„Ich bin der Meinung, daß der Ver teidigungshaushalt auf jeden Fall gekürzt werden müßte.“

Hinrich Oetjen

Bundesjugendsekretär der IG Chemie – Papier – Keramik

„Es gibt mehrere Möglichkeiten. Erstens kann der Rüstungsetat gekürzt werden. Zweitens können ungerechtfertigte Subventionen eingesperrt werden. Statt einer Radikalkur zahlen wir beispielsweise dem Bergbau schon zum dritten Mal Subventionen. Das gilt auch für die Landwirtschaft und was ungerechtfertigte Subventionen anbelangt, auch für das Pennalgerhalt.“

Drittens könnte es auch, weil es ja notwendige Staatsausgaben gibt, Steuererhöhungen geben. In diesem Falle wäre ich nicht für Steuererhöhungen, die Gerechte und Ungerechte gleichermaßen treffen, sondern für Erhöhungen der Erbschafts- und Vermögenssteuer. Das würde gleichzeitig den Kapitalmarkt entlasten.“

Was Bonn den Bossen schenkt

Dem Schlosser Schmidt wird die Lohnsteuer sofort am Zahltag abgezogen. Ebenso wie den 19 Millionen Lohnsteuerpflichtigen. Und wenn sich sein Lohn um 5 Prozent erhöht, rutscht er vielleicht in eine höhere Steuerklasse und bekommt nicht einmal drei Prozent mehr auf die Hand.

Als Betrug am kleinen Mann bezeichnete Hermann Fredersdorf, Vorsitzender des Bundes Deutscher Steuerbeamter, die Steuergesetzgebung der Bundesrepublik.

Mit dieser Lohnsteuerprogression holte Bonn von Januar bis September 1,7 Milliarden DM zusätzlich aus den Lohntüten der Arbeiter.

Im Gegensatz dazu wird großen Unternehmen ein zinsloser staatlicher Dauerkredit gewährt. Weil die Steuerverwaltungen wegen Personalmangel rund acht Jahre hinter den Steuerterminen mit Betriebsprüfungen herhinken, stehen Unternehmen laut Fredersdorf mit insgesamt 20 Milliarden DM in der Kreide.

Schlittern wir in die Krise?

Wer regiert die Bundesrepublik?

Wirtschaftsreport

Prof. Dr. Werner Hofmann

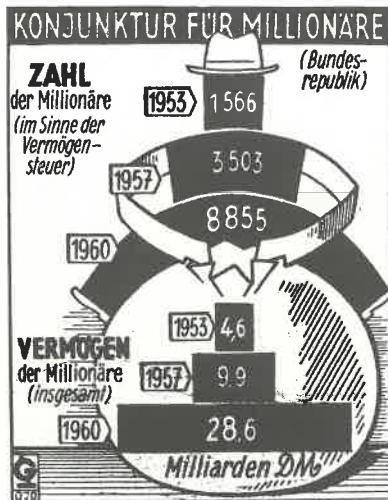
Wer regiert ?

Der den Notstand planende Staat steht nicht irgendwo in der Mitte zwischen den gesetzlichen Positionen der Unternehmerschaft und der Arbeitenden und er schwebt auch nicht unberührt über beiden. Vielmehr hat in einem Maße wie nie zuvor in Deutschland der führende Teil der Privatwirtschaft selbst sich des Staates bemächtigt. Die viel beredete Herrschaft der Verbände ist allem voran Herrschaft der Wirtschaftsverbände. Sie finanzieren die Parteien, die ihnen nahestehen. Sie entsenden ihre Vertreter in den Bundestag und in die Länderparlamente. Sie äußern sich zu Gesetzentwürfen noch bevor diese dem Parlament zugehen. Ja, nach ihren Bedürfnissen werden Gesetze gemacht.

Wohin man heute blickt, die Privatwirtschaft mischt in Bonn mit bis in die Zusammensetzung der Regierungen hinein. Was wiegen da alle Deklamationen im Bundestag gegen die Willensbekundung etwa des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, was vermag ein Finanzminister auf Abruf gegen den olympischen Wink eines Hermann Abs, des Jahrzehntelangen Vorsitzenden des Vorstandes der Deutschen Bank. Mit vollem Recht hat Fritz Berg, der Präsident des Industriellenverbandes, schon vor Jahren es öffentlich aussprechen können: „Dieser Staat ist unser Staat. Wir müssen zu diesem Staat stehen.“ So belehrt ein geradezu überwältigender Augenschein den, der so unbefangen in unsere Welt blickt, über die wahren Machtverhältnisse in unserem Lande. Die Gewalt, die der Verfassung nach vom Volke ausgeht, hat sich seit längerem vom Volke ziemlich weit entfernt. Sie steht heute im Begriff, sich gegen das Volk selbst zu kehren. Die Konjunktur ist unsicher geworden, der soziale Konflikt wird sich verschärfen, die Arbeitenden könnten unruhig werden. Auf die Partnerschafts-ideologie ist kein Verlaß mehr, dann aber braucht man die Polizei. Es läßt sich kaum länger verhehlen, der eigentliche Sinn der Notstandsordnung ist ein innenpolitischer, nämlich die Absicherung, Vervollständigung, Totalisierung bestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse.

Unseren herrschenden Kreisen, das lehrt auch die Geschichte, wird die Demokratie immer ein Fremdwort bleiben.

(Auszug aus einem Referat auf dem Frankfurter Kongreß „Notstand der Demokratie“).



Nach 1945 war es beschlossene Sache (siehe Potsdamer Abkommen), die Mächtigen der Wirtschaft von der Wurzel ihrer Kraft zu trennen: Vom Privateigentum an den Produktionsmitteln. Die wirtschaftliche Macht, die sie dazu mißbraucht hatten, den Faschismus an die Macht zu bringen und ganz Europa in den Krieg zu stürzen, sollte ihnen genommen werden. Als Garantie dafür, daß wirtschaftliche Macht künftig nicht wieder für die Interessen einer kleinen Oberschicht mißbraucht werden konnte.

Dazu Dr. Arno Klönne:

„Von der Kommunistischen Partei über die Sozialdemokraten bis zur Christlich-Demokratischen Union wurde die Forderung nach Überführung der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum, nach volkswirtschaftlicher Rahmenplanung und nach betrieblicher Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen akzeptiert. Bezeichnend hierfür ist u. a. das Ahlener Programm der CDU von 1947.“ 14) Unter dem Eindruck dieser Stimmung schrieb damals Herr Jarres, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Klöckner-AG: „Wir wollen uns den Forderungen der neuen Zeit nicht verschließen.“ 15)

Mächtiger als Minister

15 Jahre später mußte die Zeitung „Christ und Welt“ feststellen:

„57 Vorstandsmitglieder von 48 Aktiengesellschaften stellen die Mehrheit der 96 Aufsichtsräte der drei Großbanken. Andererseits sitzen die Vorstandsmitglieder der Großbanken in den Aufsichtsräten von 37 dieser Aktiengesellschaften. Bei letzteren handelt es sich um 25 größte Industriekonzerne, 3 Warenhäuser und 2 Versicherungsgesellschaften. Zusammengezählt sind es also 94 Männer, die in der kombinierten Funktion als Vorstände und Aufsichtsräte den Kern der deutschen Wirtschaft beherrschen. Sie sind als Kollektiv nur sich selbst verantwortlich ...“ 16)

Schrieb der SPIEGEL über einen dieser 100 Mächtigen, den Nazi-Bankier Abs: „Kein Ministerposten in Bonn könnte über dieses Hermann Josef Abs jenes Maß von Macht und Einfluß verschaffen, das er jetzt besitzt ...“ 17)

Angesichts der Neigungsehe zwischen Staat und Monopolen blieb ein zwingendes Gebot des Grundgesetzes auf der Strecke. Es lautet: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ 18)



SONDERDRUCK

elan — Zeitung für internationale Jugendbegegnung. Verantwortlich für Druck und Inhalt: Rolf J. Priesmer; Sitz der Redaktion: Dortmund, Kuckelke 20, Tel. 57 20 10; Einzelpreis: 50 Pf. Druck: U. J. Lahrssen, Hamburg.

Die Unternehmer halten die Zeit für gekommen, wieder offen wie die Herren im Hause aufzutreten. Entlassungen werden verfügt, ohne den Betriebsrat zu fragen oder zu informieren. Allerdings wird auch versucht, die Betriebsräte in die Entlassungskampagne mit einzuspannen.

Das sieht so aus, daß man ihm die Auswahl der zu Entlassenden zuschiebt. Oder daß man versucht, Entlassungen mit Zustimmung des Betriebsrates vorzunehmen. Eine solche Praxis degradiert die Betriebsräte zu Erfüllungsgehilfen, zu Büttel der Unternehmer.

Hier gibt es nur eine Antwort: Keine Zustimmung zu Entlassungen oder sozialer Demontage! Nicht die Arbeiter und ihre Betriebsräte sind für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich.

Leben Unternehmer gefährlich?

In diesen Tagen zerschellen Illusionen über Partnerschaft und Gemeinsamkeit im rauen Wind des Klassenkampfes. Denn was sich hier vor unseren Augen abspielt, ist harter Klassenkampf.

200 000 Bergarbeiter, die ihren Arbeitsplatz bis jetzt verloren haben, mußten am eigenen Leibe erfahren, was von dem Argument zu halten ist: Der Unternehmer muß mehr zu sagen haben als wir, und auch mehr verdienen, weil er schließlich das „unternehmerische Risiko“ trägt. Denn: Wer trägt das höhere Risiko? Der Kumpel, der keinen neuen Arbeitsplatz findet und auf Stempelgeld oder schmale Rente angewiesen ist? Der Facharbeiter, der in einer anderen Branche als Hilfsarbeiter mit einem wesentlich niedrigeren Lohn nach Hause gehen muß?

Oder der Aktienbesitzer, dessen Aktien an der Börse heute nicht mehr so hoch notiert werden wie in den goldenen Konjunkturjahren?

Der heute 10 statt 16 % Dividende kassiert? Und der immer noch Herr über Produktionsmittel etc. bleibt, und sogar mit kleinerer Belegschaft Produktionserhöhungen herauft? Die letzten Wochen haben gezeigt, daß die Arbeiter, die nach wie vor nichts besitzen als ihre Arbeitskraft, das Hauptrisiko bei wirtschaftlichen Flauten oder Krisenerscheinungen tragen.

Sie haben gleichzeitig bewiesen, daß die Arbeitnehmerschaft am stärksten an einer florierenden Wirtschaft interessiert ist, weil die Unternehmer jeden Rückschlag auf ihre Schultern abwälzen.

Daraus ergibt sich: Gerade in dieser Situation ist die Forderung nach Mitbestimmung aktuell wie nie zuvor. Mitbestimmung — um Schlimmeres zu verhindern, um Arbeitsplätze und Löhne zu erhalten.

Mitbestimmung — um in Betrieb und Gesellschaft eine Politik durchzusetzen, deren erstes Ziel nicht der Profit, sondern das Gemeinwohl ist.

14) Demokratischer und sozialer Rechtsstaat, herausg. v. Arno Klönne, Pläne-Verlag, 1964

15) In einem Brief an Victor Agartz, zitiert nach Götz: Weil alle besser leben wollen, Düsseldorf 1963

16) Christ und Welt Nr. 36/64

17) SPIEGEL, Nr. 45/65

18) Grundgesetz, Artikel 14, Abs. 2

Wie stopft man das Riesenloch im Bundeshaushalt?

Die Regierung ist pleite

Wirtschaftsreport



KANZLER ERHARD: abgeholt!

WILLY BRANDT: Kanzler von morgen oder Große Koalition?



Jens Feddersen Ein zu dicker Brocken

Die Bürger der Bundesrepublik haben die höchsten Steuern aller Europäer und die stärkste und teuerste Militärmacht Westeuropas. Liegt hier der Schlüssel für den Angriff auf die Brieftasche? Hat die Regierung geprüft, ob die fünf Milliarden nicht im Etat der Bundeswehr stecken? Sind 500 000 Soldaten notwendig? Brauchen wir die Starfighter? Die teuren U-Boote? Die vielen Panzer? Die neuen Zerstörer? Die Briten mit ihrer viktorianischen Kasernen-Armee? Die Amerikaner mit ihren Mittelstreckenraketen?

Der Militär-Etat und die Kosten für die fremden Truppen dürfen kein Tabu mehr sein. In einer Zeit des weltpolitischen Wandels, der globalen Entspannung und der Veränderung in Europa muß geprüft

Wenn Hausfrau Annemarie Voges mit ihrem Haushaltsgeld so umgehen würde wie die CDU-Regierung mit dem Bundeshaushalt, dann ständen die Gerichtsvollzieher Schlange vor ihrer Wohnungstür.

Im Bundeshaushalt 1967 fehlen rund 8 Milliarden Mark (siehe Kasten). Nach neuesten Berechnungen fehlen auch in den folgenden Jahren 1968 – 1971 jährlich ca. acht Milliarden DM zur Deckung des Haushaltes.¹⁹⁾

Dazu Sebastian Haffner: „Wieder einmal ist der Punkt erreicht, wo deutsche Hochrüstung im Rahmen einer normalen Friedenswirtschaft nicht mehr zu verkraften ist. Und wieder wird die Folgerung gezogen, nicht etwa die Rüstung auf das wirtschaftlich vertretbare Maß zurückzuschrauben, sondern zur Kriegs- und Zwangswirtschaft schon im Frieden überzugehen.“²⁰⁾

Die maßlose Rüstungspolitik der CDU macht unsere Wirtschaft krank. Das zeigt ein Blick auf den Rüstungsetat der letzten 16 Jahre. Der Netto-Verteidigungsetat betrug

1950	4,6 Milliarden DM
1951	7,9 Milliarden DM
1952	7,9 Milliarden DM
1953	7,4 Milliarden DM
1954	8,1 Milliarden DM
1955	6,1 Milliarden DM
1956	7,4 Milliarden DM
1957	7,6 Milliarden DM
1958	8,9 Milliarden DM
1959	9,6 Milliarden DM
1960	11,5 Milliarden DM
1961	13,3 Milliarden DM
1962	16,6 Milliarden DM
1963	18,9 Milliarden DM
1964	18,3 Milliarden DM
1965	18,6 Milliarden DM
1966	18,4 Milliarden DM

Entsprechend seiner „mittelfristigen Planung“ fordert das Bundesverteidigungsministerium von 1966 – 1970 insgesamt 150 Mrd. DM. Das sind jährlich 30 Mrd. Rüstungskosten. Fachleute warnen: Diese maßlose

werden, ob sich die Bundesrepublik nicht einen militärischen Luxus leistet...

Es betrifft die Grundlinie der Politik; die Frage nämlich, ob an erster Stelle die Bereitschaft zum Frieden steht oder ob die militärische Sicherheit mit all ihren heutigen Fragwürdigkeiten an der Spitze rangiert. Die über 20 Milliarden für Rüstung und Soldaten sind ein zu dicker Brocken für einen Staat, der keine Großmacht mehr sein kann. Dies zu erkennen und danach zu handeln, sollte Richtschnur deutscher Politik sein. Der Bürger würde es honoriert, und sein Staat würde gewinnen.“

(Chefredakteur der sozialdemokratischen „Neuen Rhein-Zeitung“, NRZ vom 22. 10. 66)



Unser teuerster Schrotthaufen

Nach einem amtlichen Bericht des früheren Luftwaffenchiefs Panitzki verlor die Bundeswehr bis zum 30. September 1965:

63 Starfighter
à 6 Mill. DM = 378 Mill. DM
162 F-84
à 4 Mill. DM = 648 Mill. DM
113 Maschinen versch. Typen
à ca. 1,5 Mill. = ca. 170 Mill. DM
348 Flugzeuge = ca. 1,2 Mrd. DM

Aus Pressemeldungen lassen sich weitere 35 Abstürze rekonstruieren. Insgesamt stürzten also mindestens 383 Flugzeuge ab.

Dieser Super-Schrotthaufen kostete uns Steuerzahler ca. 1 300 000 000 DM

Hinzu kommen Unsummen für verrostete U-Boote (Schaden nur für U 1 und Schwesterboote ca. 30 Mill. DM) und nicht einsatzfähige Schützenpanzer vom Typ HS 30.

Rüstung fördert die Inflation.

Dazu Sebastian Haffner: Es gibt in der Bundesrepublik bisher keine Wirtschaftskrise; die Wirtschaft ist, solange man sie nicht künstlich krank macht, gesund. Es gibt eine Finanzkrise, die vom Bundeshaushalt ausgeht. Der Bund gibt mehr aus, als er einnimmt, und er steigert sein kaum noch verschleiertes Defizit von Jahr zu Jahr.

Und wofür gibt er ständig mehr aus? Für Rüstung – direkt und indirekt. Zu dem ständig steigenden astronomischen Haushalt des Verteidigungsministeriums muß man die Milliarden für Stationierungskosten und die weiteren noch anstehenden Milliarden für die „einfachen Notstandsge setze“, also Luftschutz, Zivilschutzkörper und so weiter hinzuzählen. (ebenda)

Rüstungsausgaben sind unproduktiv. Mit anderen Worten: Für die vielen Milliarden, die in die Rüstung gesteckt werden, wird nichts produziert, was in den Wirtschaftskreislauf zurückkehrt. Das treibt die Preise. Hinzu kommt, daß im Zeitalter der modernen Waffentechnik nichts so schnell schottreif ist wie Waffen und Kriegsgerät.

In diesem Zusammenhang muß man einen Gesetzentwurf erwähnen, für den sich in der letzten Phase der Ära Erhard CDU und Wirtschaft stark gemacht haben: Das Stabilisierungsge

setz. Denn dieses Gesetz wird uns postwendend serviert werden, wenn es uns nicht gelingt, die Forderung durchzudrücken: Diese CDU, die die Karre in den Dreck gefahren hat, darf nicht mehr regieren.

Stabilisierungsgesetz nannten es seine Erfinder. Aber was hier stabilisiert werden sollte, das war nicht die Wirtschaft, sondern die Fortsetzung der bisherigen Politik. Vom gleichen Geist sind alle Vorschläge geprägt, die bis heute von der CDU zur Sicherung des Bundeshaushalt 1967 vorgelegt wurden:

• Erhöhung des Verteidigungsetats um mindestens weitere zwei Mrd. DM

• Griff in die Taschen der Länder und Kommunen, denen selbst das Wasser bis zum Halse steht und die dringliche Gemeinschaftsaufgaben (Schul-, Wohnungs- und Straßenbau usw.) aus eigenen Mitteln nicht mehr bewältigen können.

• Anziehen der Steuerschraube (Erhöhung der Lohnsteuer um insgesamt 3 Mrd. DM, Hereinholen weiterer Milliarden durch neue Verbrauchersteuern)

Die Zielsetzung ist klar: Fortsetzung der gleichen Politik mit neuen Leuten und noch härteren Mitteln.

19) „Welt“ v. 28. Okt. 1966

20) „stern“ v. 2. Okt. 1966

Muß der Rüstungsetat tabu sein?

Sozialer Haushalt statt Rüstungshaushalt

Wirtschaftsreport

Was kostet der Frieden?

Es hat in den letzten 15 Jahren nicht an Stimmen gefehlt, die vor den Folgen dieser Rüstungspolitik gewarnt haben. Hier sind besonders die Gewerkschaften zu nennen.

Vom 6. DGB-Kongreß in Hannover ging die Forderung aus: Nicht Atomwaffen – nicht Völkermord, sondern Abrüstung und Völkerfrieden!

In diesem Beschuß heißt es:

„Die deutschen Gewerkschaften sind der Auffassung, daß der Weltfrieden nicht durch verstärkte militärische Rüstungen gesichert werden kann, sondern nur durch die ungehinderte Ausdehnung des sozialen Fortschritts und die ständige Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Menschen in allen Ländern.“²¹⁾

Aus diesem Grunde forderte der Kongreß „von der Bundesregierung und den politischen Parteien der Bundesrepublik eigene Abrüstungsinitiativen und den Verzicht auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr.“

Es waren wiederum vor allem die Gewerkschaften, die die Aufmerksamkeit der Regierung und der Öffentlichkeit auf die großen Aufgaben lenkte, vor die uns technischer Fortschritt und Automation stellt.

Gerüstet für 1972?

Welche Menschenverachtung und Verantwortungslosigkeit spricht aus den Worten des CDU-Wirtschaftsministers Schmücker, der unlängst erklärte, es gäbe keine Garantie dafür, ob jemand in fünf oder zehn Jahren noch in seinem erlernten Beruf Arbeit finde. (Denn damit war sicherlich nicht der Playboy gemeint, dessen erlerner Beruf das Kassieren von Dividenden ist.)

Wie verantwortungsbewußt klingt dagegen die Aussage des 6. DGB-Kongresses zum Thema „Automation und technischer Fortschritt“:

„Der Bundeskongreß betrachtet den technischen Fortschritt als ein wichtiges Instrument zur Hebung des allgemeinen Lebensstandards, sofern er planmäßig zum Wohle aller und

unter Vermeidung sozialer Härten eingesetzt wird. Hochmechanisierung, Automatisierung, Atomkerntechnik, neue Werkstoffe und andere Formen der Rationalisierung können einen bedeutenden Beitrag für Lohn- und Gehaltserhöhungen bei stabilem Preisniveau und sinkenden Arbeitszeiten leisten.

Der technische Fortschritt birgt erhebliche Gefahren für die Arbeitnehmer. Die tatsächlichen Auswirkungen werden durch die augenblickliche Vollbeschäftigung teilweise überdeckt. Ein Stillstand des wirtschaftlichen Wachstums würde beim gegenwärtigen Tempo des technischen Fortschritts bereits umfangreiche Arbeitslosigkeit verursachen.

Technische Umstellungen lösen Strukturveränderungen aus und führen auch bei Vollbeschäftigung zu Umsetzungen und Entlassungen.

Der technische Fortschritt hindert die Verwertbarkeit beruflicher Erfahrungen und Qualifikationen oft beträchtlich. Dadurch wird der soziale Besitzstand vieler Arbeitnehmer gefährdet. Auch bei Vollbeschäftigung ist es häufig schwierig, gleichwertige neue Arbeitsplätze zu erhalten.

Nur in den seltensten Fällen kommen die Früchte des technischen Fortschritts auch den Arbeitnehmern zugute. Viele Unternehmen geben ihre überhöhten Rationalisierungsgewinne nicht als Preissenkung weiter.

Die wirtschaftliche und politische Macht der Großunternehmen wird zum Nachteil der Arbeitnehmer gestärkt. Automation und Kernenergie fördern die wirtschaftliche Konzentration und damit die Möglichkeit des Mißbrauches wirtschaftlicher Macht...²²⁾

Entwicklungshilfe aus der DDR?

Bilanz: Weil Bonn der militärischen Rüstung alles, aber auch alles unterordnete, stehen wir den Problemen der technischen Revolution ungerüstet gegenüber. Aus dem Deutschland, dessen Wissenschaftler einst auf Nobelpreise abonniert waren, droht in dieser Hinsicht ein unterent-

wickeltes Land zu werden. (Zumindest aus Deutschland-West, aus der Bundesrepublik. Denn die DDR wäre heute schon auf einigen Gebieten in der Lage, dieser Bundesrepublik Entwicklungshilfe zu geben.)

Heute, wo durch Rationalisierung und Automation jährlich 1,5 Millionen Arbeitsplätze verloren gehen, werden die Folgen einer Politik sichtbar, die für die achtjährige Ausbildung eines Volksschülers 650 DM bereitstellt, in die 18monatige Ausbildung eines Bundeswehrsoldaten aber 18 000 DM investiert.

Alternativen

Die Arbeiterschaft sieht sich in dieser Periode politischer und wirtschaftlicher Instabilität einem Zangengriff durch Regierung und Unternehmer gegenüber. Und der Ausgang der kommenden, harten Auseinandersetzungen wird darüber entscheiden, wohin die Bundesrepublik geht.

„An diesem Wendepunkt der deutschen Nachkriegsentwicklung“, so schrieb Otto Brenner kürzlich (23), „müssen die Gewerkschaften dem Abbau der sozialen Errungenschaften mit aller Entschiedenheit entgegentreten. Wir werden kämpfen, um sie zu erhalten, und wir werden erst recht kämpfen müssen, wenn wir weitere Fortschritte erzielen wollen.“

Es geht dabei um einen höheren Einsatz, als 10 Pfennig mehr oder weniger in der Lohntüte. Es geht um eine aktive Vertretung der Interessen der arbeitenden Menschen in diesem Lande mit dem Ziel, in Bonn eine neue Politik durchzusetzen. Neue Politik – das ist inzwischen zu einem Schlagwort geworden, das auch Politikern wie Strauß, Barzel oder Kiesinger wie Sahne auf der Zunge zergeht.

Was sie meinen ist jedoch die Fortsetzung der alten Politik der Stärke mit neuen Leuten und neuen, diktatorischen Mitteln.

Stiefkind Bildung

1972 - deutsch, aber doof?

Laut einer UNESCO-Statistik werden für das Schulwesen jährlich pro Kopf der Bevölkerung aufgewandt:

UdSSR	113 Dollar
USA	92 Dollar
DDR	79 Dollar
Kanada	58 Dollar
England	39 Dollar
Bundesrepublik	28 Dollar

Lehrermangel an Volksschulen:

Fehlbestand 1960:	
36 600	
NRW	13 400
HH	300
Hessen	2 200
Bayern	4 600
Fehlbestand 1970:	
83 890	
29 700	
—	4 800
	16 800

Lehrermangel an höheren Schulen:

1962/63	10 854
1970	21 300

Forschungsausgaben pro Kopf der Bev.:

USA	15,- DM
England	10,- DM
BRD	1,80 DM

Von 30 000 Volksschulen (ohne Bremen und Hamburg) waren 1964

45,5 %	1- oder 2-klassig
19,4 %	3- und 4-klassig
10,3 %	5- und 6-klassig
13,2 %	Volksschüler besuchten 1964 1- oder 2-klassige Schulen. (1960: 16 %)
59,8 %	besuchten 7-, 8- und 9-klassige.

(Statistisches Bundesamt)

Ausgaben für das Schulwesen (vom Bruttonsozialprodukt)

USA	4,53 %
UdSSR	4,14 %
BRD	2,79 %

Schülerzahlen pro Klasse:

UdSSR	17 Schüler
BRD	37 Schüler

Ausgaben für das Schulwesen vom Staatsetat:

1913:	17 %
1963:	10 %

schäfte. Vielspurige Stadtautobahnen werden vor Breiterzäunen enden“, prophezeite der SPIEGEL (Nr. 41/66).

Tote U-Bahnstrecken

Weil man in Bonn einer antiquierten Rüstungspolitik den absoluten Vorrang gab, ist der Versuch zahlreicher Städte, dem Verkehrschaos durch Bau moderner U-Bahnen zu begegnen, zum Scheitern verurteilt.

FRANKFURT hat den 2. und wichtigsten Bauabschnitt, der das Zentrum mit dem Hauptbahnhof verbindet, wegen fehlender Mittel stoppen müssen. Nur das 1. Teil-

stück (500 m) kann vollendet werden.

HANNOVER und **STUTTGART** müssen nach dem gegenwärtigen Stand der Finanzen den Weiterbau stoppen.

DÜSSELDORF und **DORTMUND** könnten sofort mit dem Bau beginnen. Die Pläne sind fertig, das erforderliche Geld ist nicht vorhanden.

KÖLN und **ESSEN** können nur weiterbauen, wenn größere Mittel vom Land bereitgestellt werden.

MÜNCHEN, die Olympiastadt, wird weiterbauen, weil hier aus Repräsentationsgründen die erforderlichen Mittel von Bund und Land zugesagt wurden.

Jedoch mußte der Wohnungsbau auch hier Federn lassen: 20 Millionen wurden gestrichen.

In **ROSENHEIM** bleibt eine Schule halbfertig stehen. Bleibendes Mahnmal Bonner Politik.

HANNOVER mußte sogar auf die Realisierung von sieben Schulbauten verzichten. Darüberhinaus waren erhebliche Kürzungen am Wohnungs- und Krankenhausbau erforderlich.

Rüstungs-Ruinen

Es klingt paradox, aber es stimmt: Mitten im Frieden beschert uns die Rüstungspolitik Ruinen. „Inmitten schmucker Wohnblöcke wird es leere Fensterhöhlen halbfertiger Schulbauten geben, neben pompösen Opernhäusern tote U-Bahn-

Wie bannen wir das Gespenst der Krise?

Wie geht es weiter, Kumpel?

Wirtschaftsreport

Stabilisieren – aber wie?

Wenn wir neue Politik sagen, dann meinen wir dies:

● An die Stelle der maßlosen Rüstung nach außen und innen treten eigene Vorschläge und Maßnahmen zur Abrüstung. Das bringt echte Sicherheit und erspart uns Milliarden.

● Der Verzicht auf jegliche atomare Mitverfügung durch die Bundesregierung würde ein großes Hindernis für weitere Abrüstungsvereinbarungen aus dem Wege räumen. Er brächte uns echte Sicherheit.

● An die Stelle von Gebietsforderungen sollte das Bestreben treten, gutnachbarliche Beziehungen zu unseren Nachbarn in Ost und West herzustellen. Das wäre ein Beitrag zur Entspannung in Europa. Und das würde neue, ergiebige Märkte für unsere Wirtschaft öffnen. Das würde Vollbeschäftigung und Konjunktur sichern.

● Das Ziel, die DDR zu liquidieren oder einzugemeinden, ist nur mit Gewalt realisierbar. Der erklärte Verzicht auf Gewalt und sachliche Beziehungen zwischen beiden Staaten wären ein first-class-Beitrag zum Frieden in Europa. Sie würden den Weg zur Wiedervereinigung ebnen und riesige Mittel für friedliche Zwecke freisetzen.

Das wären echte Schritte in Richtung neue Politik.

„Das Gebot der Stunde: Sozialer Haushalt statt Rüstungshaushalt“ – hinter dieser Forderung der IG Metall 24) stehen wir, weil uns das heraushilft aus dem Dilemma, in das uns 20 Jahre CDU-Politik geführt hat. Und die praktischen Maßnahmen stellen wir uns so vor:

● Reduzierung des Rüstungsetats um mindestens 5 Milliarden DM; Streichung aller Notstandsausgaben.

● Reduzierung der Wehrpflicht auf 12 Monate, wie von den Arbeiterjugendverbänden gefordert.

● Streichung der Devisenhilfen für die USA (siehe dazu: Ein zu dicker Brocken, Seite 9.).

● Einstellung aller preistreibenden Maßnahmen des Staates; Rückgängigmachung des Mietwuchergesetzes.

● Drastische Kürzung der Bundesausgaben für Repräsentation, Replienfond und für ungerechtfertigte Subventionen an die Industrie.

● Staatliche Maßnahmen gegen die Preistreiberei der Industrie, z. B. Aufhebung der Preisbindung der 2. Hand.

● Finanzausgleich zugunsten der Länder und Gemeinden zur Erfüllung dringender Gemeinschaftsaufgaben.

● Lohnerhöhungen zur Hebung der Kaufkraft, Nutzung von öffentlichem Eigentum zur Preisregulierung.

● Maßnahmen gegen die Überförderung der deutschen Wirtschaft durch ausländisches, vor allem amerikanisches Kapital. 25)

● Ausbau der Mitbestimmung und der demokratischen Planung der Wirtschaft.

einer Krankenpflegerolle für die CDU bereitfinden.

Gemeinsamkeit – mit wem?

Hofft das großbürgerliche „Handelsblatt“: „Vielleicht würde es einer schwarz-roten Regierung in Bonn auch gelingen, die Notstandsverfassung relativ schnell über die parlamentarischen Hürden zu bringen.“

In einer Situation, wo es möglich ist, die CDU aus der Macht zu drängen, in das lecke Boot der „Gemeinsamkeit“ zu steigen, wäre selbstmörderisch für die Demokratie. Und für die SPD. Denn schon empfiehlt die „Welt“ den Unternehmern ganz unverblümmt, betriebliche „Fallex-Vorbereitungen“ zu treffen:

„Was militärischen Kreisen eine Selbstverständlichkeit geworden ist, sollte sich auch die Wirtschaft zu eignen machen: das Problem für den Ernstfall ...“

Die von der nahezu ununterbrochenen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung verwöhnten Unternehmer sollten sich ein vermehrtes „Fallex“-Denken aneignen, fordert das Institut. Nur der Unternehmer, der rechtzeitig Zukunftsübungen abgehalten hat, wird bei einem Eintreten des Fallex die „Notstands“-Pläne in der Schublade haben, die ihm ein schnelles Anpassen an die veränderte Marktsituation sichern.“ 26)

Hier gilt es, den Anfängen zu wehren. Und die Schaffung vollendet Tat-sachen zu verhindern.

Jens Feddersen, Chefredakteur der sozialdemokratischen „Neuen Rheinzeitung“, hat den Nagel auf den Kopf getroffen, als er eine Große Koalition mit der Begründung ablehnte: „Solange innerhalb der CDU/CSU eine Art blinder Antikommunismus als Ersatzreligion betrachtet wird, solange stark und stur an den alten Positionen des kalten Krieges festgehalten“ werde, solange könne es „keine Gemeinsamkeit zwischen CDU und Sozialdemokraten geben.“

23) METALL, Nr. 21/66

24) METALL, Nr. 22/66

25) Kurt Blaumhorn: „Ausverkauf in Germany“ Moderne Verlags-GmbH., München, 1966

26) „Welt“, 4. November 1966

6. Konferenz der IG Metall für Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder am 14./15. September 1966 in Karlsruhe

Jetzt erst recht: Mitbestimmung!

In einer Zeit wachsender innenpolitischer Unruhe und steigender Sorge um die Erhaltung des Friedens in der Welt unterstreichen die Delegierten der 6. Konferenz der IG Metall für Vertrauensleute und Betriebsräte die Bedeutung freier Gewerkschaften und einer demokratischen Gesellschaftsordnung für die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit und für ein friedliches Zusammenleben der Völker.

In der Bundesrepublik zeigen sich immer stärker die Folgen einer verfehlten Wirtschaftspolitik.

Die sogenannte Stabilisierungspolitik zielt vor allem auf die Stabilität der Gewinne und die Sicherung der Unternehmerpositionen auf Kosten der Arbeitnehmer. Sie wird durch die vorgesehene Steigerung des Bundeshaushaltes um mehr als sieben Prozent vollends unglaublich, weil dieser Prozentsatz weit über das Wachstum der Volkswirtschaft im Jahre 1966 hinausgeht. Die Kreditbeschränkungen der Deutschen Bundesbank haben schon jetzt zu einer ernsten Beeinträchtigung der Investitionstätigkeit geführt. Der Verdacht wird immer stärker, daß Bundesregierung und Bundesbank mit ihrer Politik die Bildung einer industriellen Reservearmee, die künstliche Erzeugung von Arbeitslosigkeit, anstreben, um die Kampfkraft der Gewerkschaften zu schwächen.

Nicht nur an Rhein und Ruhr, sondern auch im übrigen Gebiet der Montanindustrie zeigt sich die Unfähigkeit der Bundesregierung und der zuständigen Landesregierung, durch eine vorausschauende Wirtschaftspolitik und Strukturverbesserungen ein ausreichendes Angebot an neuen Arbeitsplätzen als Ersatz für wegfallende Arbeitsplätze im Kohlenbergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie zu schaffen. Die von den Unternehmern begonnene Selbsthilfe in Form von Konzentrationen, Kartellen und Rationalisierungen birgt für die Arbeitnehmer viele Gefahren, vom Verlust des Arbeitsplatzes über die Entwertung der beruflichen Qualifikationen bis zur Aushöhlung der Mitbestimmung.

Gerade deshalb ist der Ausbau der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen und in der gesamten Wirtschaft heute mehr denn je eine zentrale Forderung der Gewerkschaften.

Sebastian Haffner:

Rüstung führt zur Inflation

„Das sogenannte Stabilisierungsgesetz entspricht in seinem politischen Sinn dem Wehrbeitragsgesetz von 1913 und dem Gesetz über den Vierjahresplan von 1936. Wieder einmal ist der Punkt erreicht, wo deutsche Hochrüstung im Rahmen einer normalen Friedenswirtschaft nicht mehr zu verkraften ist. Und wieder wird die Folgerung gezogen, nicht etwa die Rüstung auf das wirtschaftlich vertretbare Maß zurückzuschrauben, sondern zur Kriegs- und Zwangswirtschaft schon im Frieden überzugehen. Keiner spricht das aus. Es ist aber die einfache, mit Händen zu greifende Wahrheit.“

Da diese Ausgaben (für Rüstung usw.) unproduktiv sind, wirken sie inflationär. Es ist wirklich ganz einfach, jeder kann es verstehen: Für all die Milliarden, die in die Rüstung gesteckt werden, wird ja nichts erzeugt, was in den Wirtschaftskreislauf zurückkehrt. Deswegen, und nur deswegen, ist jede Rüstungskonjunktur mit Geldentwertung verbunden; und deswegen wirkt jede totale Rüstungs- und Kriegswirtschaft total währungs- und geldvernichtend, wie wir es in Deutschland schon zweimal in diesem Jahrhundert erlebt haben.“

(„stern“ 40/66)

Als regierungstreuer Nebelwerfer produzierte sich in jüngster Zeit die Illustrierte **QUICK**. Nicht dem Mammut-Rüstungshaushalt, sondern den „maßlosen Gewerkschaften“ gab sie die Schuld am Bankrott unserer Staatsfinanzen. Ihre „Ratschläge“ an die Arbeiter: Besser arbeiten, weniger blau machen, keine „weitere Verkürzung der Arbeitszeit“, keine „überspitzten Lohnforderungen“ ... Von den Gewinnen der Großen — kein Wort. Von sozialer Demontage — keine Zeile.

Zu dieser Diffamierungskampagne gegen Arbeiter und Gewerkschaften führte **elan** das folgende Interview mit Franz Steinkühler, Bezirksssekretär der IG Metall in Stuttgart:

Schwarzer Peter für Gewerkschaft?

elan: Uns fällt auf, daß sich diese Ratschläge nur an die Arbeiter richten. Und daß sie völlig übereinstimmen mit dem Slogan von den maßlosen Gewerkschaften. Was sagen Sie zu diesen Ratschlägen? Sind die Arbeiter, sind die Gewerkschaften wirklich maßlos?

Franz Steinkühler: Der Slogan von der Maßlosigkeit der Gewerkschaften ist ein immer noch beliebtes Requisit der Unternehmerseite und ihnen nahestehenden Regierungskreise und Presseorgane, das immer dann hervorgeholt wird, wenn stichhaltige Argumente fehlen oder peinliche Tatsachen vertuscht werden sollen. Inzwischen ist dieses Requisit aber durch allzu häufiges Benützen so abgegriffen, daß es selbst bei der Bildzeitungs- und Illustrierten-Leserschaft seinen Glanz verloren hat. Wer noch die vier Grundrechnungsarten beherrscht, kann sich sehr leicht ausrechnen, was ein Arbeitnehmer mit einem Durchschnittsstundenlohn von 4,60 bis 4,70 DM und 41 $\frac{1}{4}$ Stunden pro Woche monatlich verdient.

Außerdem hat der von der Bundesregierung mit soviel Autorität ausgestattete „Sachverständigenrat“ in seinem letzten Gutachten eindeutig festgestellt, daß die Lohnpolitik der Gewerkschaften in der Ver-

gangenheit preisneutral gewesen sei und vielmehr die überhöhten Staatsausgaben die Ursache des Preisauftriebes gewesen sei.

elan: Was gibt es in diesem Zusammenhang zum Thema: Maßlosigkeit der Unternehmer zu sagen?

Franz Steinkühler: Leider kann man den Unternehmern ja nicht wie den Arbeitern auf Heller und Pfennig nachweisen, was sie verdienen, denn ihnen gibt die Gesetzgebung weitgehendst die Möglichkeit, die Zahlen gegenüber der Öffentlichkeit zu manipulieren. Fest steht jedoch, daß in diesem Nachkriegsdeutschland die Milliarden wie Pilze aus dem Boden geschossen sind und deutlich wird gerade in letzter Zeit, daß als oberste Richtschnur der Unternehmer nach wie vor der Profit gilt und daß sie sich dabei einen Dreck um die Sorgen und Nöte der Arbeiter kümmern und sich im Moment sogar nicht einmal scheuen, mit der Angst der Arbeitnehmer um ihren Arbeitsplatz ihr dreckiges Geschäft zu machen. Die beispiellose Konzentration der Wirtschaft beweist nur zu deutlich, daß es in den Kreisen der Unternehmer gilt, Einfluß, und dabei meine ich nicht nur wirtschaftlichen Einfluß, um jeden Preis zu gewinnen und das nicht zuletzt auch des-

halb, um lästige Konkurrenz auszuschalten.

elan: Wer trägt Ihrer Meinung nach die Schuld an der Zerrüttung unserer Staatsfinanzen? Wie beurteilen Sie den Versuch, zum Ausgleich des Haushaltes vor allem den arbeitenden Menschen neue Steuern und Belastungen aufzuerlegen?

Franz Steinkühler: An der Zerrüttung der Staatsfinanzen wirken sicherlich eine ganze Reihe von Faktoren mit und jedermann muß es deutlich geworden sein, daß Maßhalte-Appelle, auch wenn sie von einem übergroßen Sendungsbewußtsein getragen werden, die Wirkungen einer falschen politischen Konzeption nicht ersetzen, nicht aufhalten können. Den größten Einfluß jedoch unter all den anderen Faktoren schreibe ich unserem Milliarden verschlingenden Rüstungshaushalt zu. Scharf verurteilt werden muß meiner Meinung nach der Versuch, die finanziellen Auswirkungen des politischen Bankrotts nun den arbeitenden Menschen in Form neuer Steuern und Belastungen aufzuerlegen. Um aus dieser Misere herauszukommen scheint es mir notwendig, eine planvolle, auf längere Sicht abgestellte und sozialorientierte Wirtschaftspolitik zu betreiben, das bedingt ein Wirtschaftsprogramm, das die Verbesserung des sozialen Klimas und den Abbau der Überreste des Kalten Krieges beinhaltet und dazu ist es notwendig, das bestehende Defizit durch rigorose Kürzungen im Rüstungsetat auszugleichen.

elan: Welche Rolle spielt die gewerkschaftliche Forderung nach Mitbestimmung bei der Abwehr der Demontage des Lebensstandards?

Franz Steinkühler: Sie würde mindestens verhindern, daß bei den in einem Unternehmen notwendig werdenden Entscheidungen nur die Frage der Rentabilität und der Wirtschaftlichkeit eine Rolle spielt und der arbeitende Mensch dabei so wie bisher als Objekt behandelt wird.

elan: Franz Josef Strauß hat kürzlich im Bayern-Kurier erklärt, nötig sei eine Finanzpolitik, die dem



Franz Steinkühler

Volk Schweiß und Tränen bringe. Was sagen Sie dazu und wie sollte man darauf antworten?

Franz Steinkühler: Wenn man bei Franz Josef Strauß voraussetzen könnte, daß er unter Volk nicht nur die Arbeiter versteht, sondern auch diejenigen, die nach dem Krieg in diesem Lande an der skandalösen Vermögensverteilung profitierten, dann könnte man mit ihm sogar darüber diskutieren. So aber muß festgestellt werden, daß die Folgen des 2. Weltkrieges vom größten Teil dieses Volkes, nämlich den arbeitenden Menschen, mit Schweiß und Tränen, um diese Formulierung zu gebrauchen bezahlt wurden. Die Trümmer nach 1945 wurden mit dem Schweiß dieses Volkes beseitigt und unter Schweiß, Hunger, Tränen und Entbehrungen wurde das aufgebaut, was man heute Wirtschaftswunder nennt und von dem die Arbeitnehmer bis zum heutigen Tage nicht viel zu spüren bekommen haben. Ich glaube, dieses Volk hat in der Vergangenheit verfehlte Politik oft genug mit mehr als Schweiß und Tränen bezahlt und man sollte jetzt endlich anfangen eine Politik zu betreiben, die Garantie dafür bietet, daß der Schweiß und die Tränen der Vergangenheit endlich einmal mit Sicherheit und Friede entlohnt werden können.

Bergbau-Report

Fortsetzung von Seite 4

Energieversorgung für Industrie und Bevölkerung. Schon in diesem Winter stehen wir vor der irren Situation, daß trotz riesiger Kohlenhalden die Hausbrandversorgung der Großstadt Essen nicht mehr garantiert ist, aus Holland und Belgien muß Kohle importiert werden, und das kostet ebenso Devision wie die Oleinfuhren. Das US-Olembargo, das 1956 gegen Frankreich und England verhängt wurde, hat gezeigt, daß amerikanische Regierungen nicht zimmerlich sind, wenn sie ihre Interessen gegenüber anderen Ländern durchsetzen wollen.

Die Rechnung der CDU, von den USA politische Konzessionen (Beteiligung an atomarem Besitz bzw. Verfügung, etc.) für die Liquidierung des deutschen Bergbaues einzuhandeln, geht nicht auf. Diese Milchmädchenrechnung (wenn wir sie hier wirtschaftlich binden, werden sie auch politisch mit uns

ziehen) führt uns in die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit, macht aus der Bundesrepublik de facto eine Kolonie.

Schon heute ist die Bundesrepublik ein Naturschutzpark für amerikanisches Kapital. Während sich 1957 erst 350 amerikanische Industrie- und Handelsfirmen in der Bundesrepublik betätigten, darunter die Alteingesessenen wie Esso, Opel und Ford, hängen heute über 1200 amerikanische Firmen im bundesdeutschen Wirtschaftsgetriebe.“

(Kurt Blaumhorn: „Ausverkauf in Germany?“ MVG-Moderne Verlags GmbH, München, DM 19,80).

Und als Amerikas Botschafter residiert in Bonn Mr. George McGhee, ein Ölmillionär aus Texas. Welch ein Zufall!

Welcher Weg führt aus der Krise?

„Es darf keine weiteren Stillegungen geben! Unser Betriebsrat hat recht, wenn er sagt, Stillegungen sind kein unabwendbares Schicksal.“ Das sagte uns Jüngstsprecher Franz Kemptner. Und so denken die Kumpel über den ersten Schritt, der zu tun ist.

IGBE-Bezirksssekretär Vogler: „Wir haben 1945 vergessen, den Bergbau in Gemeineigentum zu überführen. Wenn wir den Bergbau in Gemeineigentum haben, dann ist der Vorstand nicht nur dem Profit gegenüber verantwortlich, sondern der Allgemeinheit.“

Bezirksssekretär Vogler, mit dem wir uns in Bottrop unterhielten, denkt dabei nicht nur an den Bergbau: „Wenn man jetzt auf heimische Energiequellen zugunsten des Ols verzichtet, kann man über den Ölpreis unsere Konkurrenzfähigkeit im Ausland einschränken. Wird der Ölpreis heraufgesetzt, wird auch unser Stahl teurer. Er kann dann im Export kaum noch abgesetzt werden.“

Die Unternehmer mit ihrem Profitstreben haben den Bergbau in den Bankrott geführt. Und die CDU-Regierung hat diesen „Ausverkauf in Germany“ kräftig mit angeheizt. Um der Kohle langfristige Absatzmöglichkeiten zu garantieren, sind politische Entscheidungen notwendig.

Wenn „im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens das Wohl des Menschen“ stehen muß, dann nutzt ein

heißer Draht zwischen Kanzler-Bungalow und Weißem Haus dem Bergmann einen Dreck. Nutzen würde ihm jedoch unmittelbar und praktisch ein Gespräch des Bundeswirtschaftsministers mit seinem DDR-Kollegen über die Lieferung von Steinkohlen in die DDR, die für langfristigen Absatz garantieren kann.

Und wenn schon Subventionen, dann nicht in die Taschen der Unternehmer, sondern im Interesse der Allgemeinheit.

Deshalb gibt es nur eins: Planung und Leitung des Bergbaus nach gesamtvolkswirtschaftlichen, sozialen und nationalen Interessen.

Die Bottroper Bergarbeiter forderten bei ihrer Demonstration die Überführung des Bergbaus in Gemeineigentum, und auf ihren Transparenten stand: „Wir wollen mitbestimmen.“

Und mit diesen Forderungen werden in den nächsten Wochen und Monaten überall dort die Kumpel auf die Straße gehen, wo ihre Zeichen sterben sollen. Mit diesen Forderungen, die anknüpfen an die alte Lösung der Bergarbeiter und ihrer Gewerkschaft: „Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein.“

Münchener Olympiade in Gefahr ?

Mißstimmung bei den internationalen Sportverbänden.

Grund: Die Bundesrepublik sucht aus Politik und Sport einen unappetitlichen Eintopf zu kochen. Hallstein-Doktrin auch im Sport.

Sollen unsere Sportler auf die Teilnahme an internationalen Wettkämpfen verzichten, wenn die DDR-Sportler gleichberechtigt auftreten?

Lesen Sie dazu diesen Beitrag von Walter Stoll.



DDR-Aktive: In Zukunft ohne Flagge und Emblem?

In den ersten Novembertagen erreichte den Präsidenten unseres Sportbundes, Willi Daume, ein Schreiben seines Ostberliner Pendants Manfred Ewald, der dem Deutschen Turn- und Sportbund der DDR vorsteht. Ewald bezog sich auf eine Einladung Daumes zu einem Gespräch der beiden deutschen Sportführungen über gemeinsam interessierende sportliche Fragen, wie unser Sportbund-Chef formuliert hatte.

Darunter kann man vieles verstehen, zum Beispiel die Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen, die alles andere als ungeprüft sind, und zwar sowohl in bezug auf den innerdeutschen Sportverkehr als auch das Ost-West-Verhältnis bei internationalen Wettkämpfen und Meisterschaften.

Aufhebung jeder Diskriminierung
Manfred Ewald konzentrierte sich in seiner Antwort auf die Daume-Einladung auf den letzteren Teil der Frage, und der Grund wird auch sofort klar, wenn man die Vorfälle dieses zu Ende gehenden Sportjahres Revue passieren läßt. Der DTSB-Präsident schrieb wörtlich:

„Nach den Ereignissen der letzten

Monate, insbesondere den verschiedenen unmittelbaren Eingriffen von Sportführern der Bundesrepublik und der westdeutschen Regierung in den internationalen Sport, können wir nicht so tun, als wenn nichts geschehen wäre. Wir sind zu Besprechungen zwischen den Leitungen der Sportorganisationen der beiden deutschen Staaten bereit mit der Tagesordnung: Aufhebung jeder Art von Diskriminierung im Sport — und erwarten von Ihnen die schriftliche Darstellung Ihres Standpunktes.“

Ewald meint natürlich die Versuche der Diskriminierung seiner Sportler, und daran war nun besonders von Seiten unserer Regierung in Bonn, leider jedoch auch einiger unserer Sportführer, wahrlich kein Mangel. Das reichte von der Ringer-Europameisterschaft im Mai dieses Jahres in Karlsruhe über die Rad- und Turnweltmeisterschaft oder die Leichtathletik-Europameisterschaft, als die Bundesregierung über Willi Daume offiziell gegen die gleichberechtigte Behandlung der DDR-Athleten in Budapest protestieren ließ und unsere Sportler zur sofortigen Abreise aufforderte, bis zur II. Internationalen Sportwoche in Mexiko City im Oktober. Die Bot-

schaft der Bundesrepublik in Mexiko übte ihren Einfluß dahingehend aus, daß die mexikanische Regierung den Präsidenten ihres NOK, General de Clark, veranlaßte, gegen die offiziellen Bezeichnungen der DDR-Sportler entsprechend ihrer Mitgliedschaft in den einzelnen internationalen Föderationen zu intervenieren und eine Änderung in „Ostdeutschland“ zu erreichen.

Sportverbände gegen politisches Foul

Allerdings zeigte sich bereits in Mexiko, daß führende Vertreter der Sport-Föderationen das Spiel durchschaut haben. So lehnte es der Präsident des mexikanischen Schwimmverbandes, Javier Ostos Mora, entschieden ab, den politischen Forderungen nachzukommen. „Wir Schwimmer lassen uns von niemanden beeinflussen. Es gibt zwei gleichberechtigte deutsche Verbände in der FINA (Internationale Schwimm-Föderation — d. Verf.). Beide erhalten in unserer Veranstaltung die gleichen Rechte. Störungen weisen wir zurück“, erklärte Ostos Mora, und ähnlich äußerte sich auch der Präsident der Internationalen Turn-Föderation, der Schweizer Arthur Gander, der

mit Entschiedenheit gegen die Verletzung der Bestimmungen seines Verbandes protestierte und ankündigte, seine Föderation werde sich mit diesem Vorfall der Diskriminierung eines ihrer Mitgliedsverbände befassen.

Die deutlichste Antwort gab jedoch die Internationale Eislauf Union (ISU) auf jenen unsinnigen Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung, der die Ursache aller Störungen internationaler Meisterschaften oder Wettkämpfe ist. Nachdem die ISU bereits im Juni dieses Jahres auf ihrem Kongreß in Sirmione (Italien) die Bewerbung der Bundesrepublik für die Eiskunstlauf-Europameisterschaften und Eisschnelllauf-Titelkämpfe in den nächsten Jahren abgelehnt hatte, erreichte den Deutschen Eissport-Verband vor einigen Wochen ein von dem Präsidenten James Koch und Generalsekretär Georg Hässler (beide Schweiz) unterzeichneter Brief, in dem es wörtlich heißt:

„Der Vorstand der ISU möchte vorläufig von der Zuerteilung von ISU-Meisterschaften an ihre Verbände absehen. Der Grund dieser Maßnahme liegt darin, daß es derzeit in der Bundesrepublik den Konkurrenten aus der Deutschen Demo-

Jetzt schon an Weihnachten denken - Weltkreis-Bücher schenken!

Für den politisch Interessierten:

Georg Polikeit:

DIE SOGENANnte DDR

Zahlen, Daten, Realitäten
Eine Landeskunde über den anderen Teil Deutschlands.
328 Seiten DM 13,70

Karl Heinz Schröder:

Vietnam

Völkerrechtliche Probleme des Vietnamkrieges
30 Seiten DM 1,50

Helmut Rödl:

Vietnam

Ursachen, Hintergründe, Perspektiven
76 Seiten m. zahlr. Abb.
DM 1,50

Kogon-Abendroth-Ridder:

DER TOTALE NOTSTANDS-STAAT

70 Seiten broschiert DM 2,-

Für Freunde schöner Literatur:

Arno Reinfrank:

AUF UNSEREM STERN

Gedichte
115 Seiten DM 5,00

Leo Weismantel

GERICHT ÜBER VEIT STOSS

Roman eines Bildschnitzers
430 S. m. 16 Bildtafeln
DM 8,75

Das preiswerte Weihnachts-Bücherpaket:

Rödl: Vietnam —

Kogon-Abendroth-Ridder:

Der totale Notstandsstaat —

Reinfrank: Auf unserem Stern

Weismantel: Veit Stoss

für nur 10,-- DM

Bestellungen sind zu richten an

WELTKREISVERLAGS-GMBH.

6104 JUGENHEIM a. d. B.

Alsbacher Straße 65
Telefon 06257 / 29 16



Willi Daume, Präsident des Deutschen Sportbundes der Bundesrepublik: Ärger mit den Sportverbänden

Manfred Ewald, Präsident des Deutschen Turn- und Sportbundes der DDR: Zu Gesprächen jederzeit bereit



unserem Sport nicht zuletzt im Hinblick auf die Olympischen Spiele 1972 droht, wenn er auch künftig die Bonner Hallstein-Doktrin unterstützt. Anders lässt sich seine Haltung bei dem Gespräch Bundesregierung-Sport Anfang Oktober in Bonn nicht erklären. Man ging, ohne Einigung erzielt zu haben, auseinander.

Was jedoch not tut, ist eine klare Stellungnahme. Entweder für oder gegen die Hallstein-Doktrin im Sport — ein Zwischenstand gibt es nicht. Zu einer solchen klaren Aussage möchte Manfred Ewald unseren Sportbund-Präsidenten offensichtlich veranlassen. Davon hängt schließlich das Ost-West-Verhältnis im Sport, also auch die Entwicklung des innerdeutschen Sportverkehrs, ab.

FÜR DIE FREUNDE DER SATIRE hat der Scherz-Verlag eine Sammlung spitzer Gesellschaftskritik aus unserem Jahrhundert herausgebracht. Unter den Verfassern: Osietzky, Brecht, Neuß und Tucholsky. Ein hervorragendes Weihnachtsgeschenk für den politisch Interessierten.
(Scherz beiseite, Scherz-Verlag, München, 560 Seiten, DM 28,-)

DAS AUTO PRÄGT SEINEN BESITZER meint Hans F. Erb und porträtiert einen neuen Menschen, dessen Verhalten nur noch von PS und blitzendem Chrom bestimmt wird. Kein Sachbuch, ein humorvoller Scharfschuss auf die Macke manches Zeitgenossen.
(Auto über alles, von Hans F. Erb, Hoffmann u. Campe Verlag, Hamburg, 176 Seiten, DM 13,80)

VON DER FUSSBALL-WM über die Bundesliga zum Europa-Cup spannt sich der Bogen dieses großformatigen Bildbandes. Eine Reise zu den Fußballereignissen dieses Jahres im Stil der Reportage.
(Fußball 66 von Heribert Meisel und H. J. Winkler, Südwest-Verlag München, 320 Seiten, DM 14,80)

ABENTEUER UNTER WASSER erleben zwei Jungen während ihres Urlaubs auf Mallorca. Gefahren werden durchgestanden auf der Suche nach einem geheimnisvollen Schatz. Für den jüngeren Leser geschrieben.
(Wir tauchten in der Juwelenbucht, von Siegfried Schlieter, Brockhaus Verlag, Wuppertal.)

535 FLUGZEUGE AUS ALLER WELT, vom Segelflugzeug bis zur Überschallmaschine, werden vorgestellt. Jeweils ein Foto, präzise Zeichnungen und sämtliche technischen Daten geben ein umfassendes Bild der Luftfahrt unserer Tage.
(Flugzeuge aus aller Welt, von Heinz Schmidt, Motorbuch-Verlag, Stuttgart, 208 Seiten, 201 Fotos, DM 16,80)

PRESTIGE UND GESCHÄFT prägen den Kampf der US-Autoindustrie um den Markt. Das rücksichtlose Business, Mithkommen oder Untergang in Romanform dargestellt. Lesenswert, aber zu teuer!
(Lack und Chrom von Edwin Gilbert, Scherz-Verlag, München, 416 Seiten, DM 28,-)



NEU Romane und Erzählungen

REMIS FÜR SEKUNDEN zählt zu den eindrucksvollsten Büchern, die über das Schicksal jüdischer Menschen im Faschismus geschrieben worden sind. Aus eigenen Erleben schöpft der junge litauische Schriftsteller Ichokas Meras den Stoff zu diesem Roman, der Pflichtlektüre an unseren Schulen sein sollte.
(REMIS FÜR SEKUNDEN, von Ichokas Meras, Verlag Kultur & Fortschritt, Berlin, DM 5,20).

PEARL S. BUCK, die mit ihren Asien-Romanen Weltruhm errang, überrascht ihre Leser durch eine Sammlung unbekannter Märchen aus Asien und aus dem Orient. Ein Buch, an dem Kinder, Jugendliche und Erwachsene ihre Freude haben werden.
(AM TEICH DER LOTOSBLÜTEN von Pearl S. Buck, 335 Seiten, Leinen, Scherz-Verlag)

WENN DIE ÄRA ERHARD auch zu Ende geht, so wird beim Kampf um Bonn doch ein Schmunzeln erlaubt sein. Fotomontagen glossieren die Auseinandersetzungen des „Volkskanzlers“ mit der Bonner Prominenz.
(Mein Kampf um Bonn, von Klaus Pause, Udo Pfeiffer Verlag, München, 72 Seiten, DM 7,80)

VATER WERDEN IST NICHT SCHWER – vielstrapazierte Sprichwort, für den Autor Rudolf H. Scholz ein Grund, in Form eines kleinen Büchleins den Müttern eine Liebeserklärung zu machen. Ein Buch, das man dem Vater schenken sollte und das Mutter sicher auch liest.
(VATER WERDEN IST NICHT SCHWER von R. H. Scholz, 64 Seiten, illustriert, Paulus-Verlag)

EIN KLEINES PRÄSENT für die Freundin oder den Freund ist „Der aggressive Flirt“ – 56 nicht ganz akademische Wege, an den Mann (oder die Frau) zu kommen. Und wenn man weiß, daß dieses Büchlein aus dem Verlag Bärmeier & Nikel kommt, dann ist klar, daß man nicht nur Anderen, sondern auch sich selbst damit eine Freude machen kann.

(DER AGGRESSIVE FLIRT von Werner G. Backen, aus der Reihe „Das große Schmunzelbuch“, Verlag Bärmeier & Nikel, Preis: DM 6,80)

ERSTMALS SEIT DREISSIG JAHREN legt ein westdeutscher Verlag den satirischen Roman „Im Schlaraffenland“ von Heinrich Mann neu auf, zusammen mit dem weltberühmt gewordenen Werk „Professor Unrat“. Beide Werke entstanden um die Jahrhundertwende als ätzende Satire auf den wilhelminischen Obrigkeitstaat. Der Leser wird jedoch feststellen, daß sie nichts an Aktualität verloren haben. Trotz des hohen Preises sehr empfehlenswert.
(HEINRICH MANN: „IM SCHLARAFFENLAND, PROFESSOR UNRAT“, Gesammelte Werke In Einzelausgaben, Claassen-Verlag Hamburg, DM 32,50)

JERZY ANDRZEJEWSKI, bekanntgeworden bei uns mit „Asche und Diamant“ hat mit einem neuen Roman „Furore“ gemacht: „Siehe, er kommt hüpfend über die Berge“. Die Hauptfiguren dieses Romans haben lebende Vorbilder, die man un schwer wiedererkennt. Aber nicht nur das macht dieses Buch zu einer reizvollen Lektüre mit gesellschaftskritischem Hintergrund. Hier wird Attacke auf den „Kulturbetrieb“ der westlichen Welt gerichtet, ge konnt und mit spitzen Florett.
(SIEHE, ER KOMMT HÜPFEND ÜBER DIE BERGE von Jerzy Andrzejewski, Langen Müller-Verlag München-Wien, Preis DM 18,50)

IN EINEM JAHR MILLIONÄR SEIN – ein Thema, das Autoren schon immer inspiriert hat. James Burke wartet mit einem neuen „Dreh“ auf und er nennt seinen vergnüglichen Roman „Der Dreh“. Soviel ist sicher: Die Geschichte vom Aufstieg und Niedergang des Harry Sprockett wird niemand ungelesen aus der Hand legen.
(DER DREH von James Burke, 272 Seiten, Leinen, Karl Rauch Verlag Düsseldorf, DM 18,00)

NEU Das interessante Sachbuch

WIE MAN MIT SPRACHE STIMMUNG MACHT, das hat Jürgen Dahl in Heft 2 der „damokles-Rotdrucke“ untersucht. Wie sich der kalte Krieg in die Sprache einer Zeitung einnistet, wie die Sprache dem kalten Krieg dienstbar gemacht wird, dafür führt Dahl überzeugende Beweise an.
(WIE MAN MIT SPRACHE STIMMUNG MACHT von Jürgen Dahl, Damokles-Rotdrucke Nr. 2).

TIP Der elan-Tip des Monats

DAS ENDE DES DRITTEN REICHES, gesehen mit den Augen des Siegers von Stalingrad und des Eroberers von Berlin: Der sowjetische Marschall Tschuikow schreibt in diesem Buch über das entscheidende letzte Jahr des II. Weltkrieges. Ein hochinteressantes Zeitdokument für politisch Interessierte.
(DAS ENDE DES DRITTEN REICHES von Marschall Tschuikow, 240 Seiten, Leinen, Wilhelm-Goldmann-Verlag, DM 20,-).

NEU Das Buch, von dem man spricht

ABHÜRGERÄTE, LÜGENDETEKTOREN, Fragebogen, ein nahezu lückenloses Überwachungssystem, das von der Wiege bis zur Bahre reicht, schildert der bekannte amerikanische Autor Vance Packard in seinem Buch „Die wehrlose Gesellschaft“. Dieses Buch ist eine Anklage gegen den Machtmissbrauch durch Staat und Wirtschaft in Amerika – vieles von dem, was Packard beschreibt, gehört leider inzwischen auch zu unserem Alltag. Ein Buch, das man gelesen haben muß!
(DIE WEHRLOSE GESELLSCHAFT von Vance Packard, Knaur Taschenbuch Nr. 128, Preis DM 3,80)

NEU Romane und Erzählungen

ERNTE AM DON, das zweite große Romanwerk des Nobelpreisträgers Scholochow, führt den Leser in die Zeit nach der Revolution. Einigen Lesern wird es unter dem Titel „Neuland unter Pflug“ bereits bekannt sein. Es ist die Geschichte des Kommunisten Dawydow, der aufs Dorf geht; es ist ein Stück sowjetischer Geschichte. Unbedingt lesenswert.
(ERNTE AM DON von Michail Scholochow, 750 Seiten, Ganzleinen, S-Fischer Listverlag)

KONSTANTIN SIMONOW, Autor von „Die Lebenden und die Toten“, ist auch bei uns mit seinen Romanen „Waffengefährten“ und „Man wird nicht als Soldat geboren“ bekanntgeworden. Beide Romane legt der Verlag Kultur & Fortschritt, Berlin, in preiswerten Ausgaben vor. Sehr empfehlenswert.
**(„Waffengefährten“, 335 Seiten, Ganzleinen, DM 7,80;
„Man wird nicht als Soldat geboren“, 665 Seiten, Ganzleinen, DM 12,60, Verlag Kultur & Fortschritt)**

EINE WELTREISE mit dem amerikanischen Humoristen und Zeitkritiker Mark Twain „durch die alte Welt“ – das verspricht ein Vergnügen zu werden. Und der Bummel durch das Europa des vorigen Jahrhunderts wird dank der spitzen Feder Twains ein großes Vergnügen.
(REISE DURCH DIE ALTE WELT von Mark Twain, 446 Seiten, Ganzleinen, Hoffmann & Campe-Verlag).

HALLO NACHBARN heißt dieser Band mit Auszügen aus 16 tatsächlich zu sehenden Fernsehsendungen gleichen Namens. Sicher wäre es interessant, die zensierten Texte von „Hallo Nachbarn“ hier zu lesen; aber auch die hier abgedruckten Stückchen provozieren ein Lächeln des Lesers. Schreibt Prof. Walter Jens im Vorwort: „... als wachsame Hüter, das Schlechte an den Spottpranger stellend, tun die Nachbarn mehr für das Land und sein Wohl, als mancher Selbstgefällige glaubt.“
(HALLO NACHBARN, Televisionen schwarz auf weiß, Merlin Verlag Hamburg, 160 Seiten, DM 19,80)

LINKE LIEDER sammelte der Münchner Kritiker Klaus Budzinski diesseits und jenseits der Elbe und legt sie hier, versehen mit Kurzporträts der 12 Liedermacher, den Interessierten vor. Deutsche Texte sind's, auf die Budzinski Jagd machte. Biermann, Degenhardt, Hüsch, Marti, Semmer, Stütz, Suverkrup und Jan Weber sind neben anderen vertreten. Eine beachtliche Sammlung von „Protest-Songs“, die bislang fehlte.
(LINKE LIEDER, Scherz-Verlag München, 116 Seiten, kart. DM 12,80)

EIN LECKERBISSEN: „Ausnahmezustand“ nennt Herausgeber Wolfgang Weyrauch seine Anthologie aus der „Weltbühne“ und aus dem „Tagebuch“; berühmte Autoren und heiße Themen finden sich in dieser Sammlung wieder. Das Lesen dieses sehr empfehlenswerten Buches wird zum Wiedersehen mit Tucholsky und Ossietzky, Heinrich Mann, Arnold Zweig und vielen anderen Schriftstellern und Journalisten.
(AUSNAHMEZUSTAND, herausg. von Wolfgang Weyrauch, 430 Seiten, kart., Verlag Kurt-Desch).

BLEIBENSE MENSCH rät Jürgen von Manger, dessen Tegtmeier sich weit über die Grenzen des Ruhrreviers hinaus großer Beliebtheit erfreut. Wer Gefallen daran findet, kann sich „Traume, Reden und Gerede des Adolf Tegtmeier“ nun auch in den Bücherschrank stellen. Das wird er aber erst tun, wenn er mit Vergnügen gelesen hat, was von Manger in diesem Buch „verzapft“.
(BLEIBENSE MENSCH von Jürgen von Manger, 172 Seiten, Leinen, mit 60 Zeichnungen von H. E. Köhler, Piper-Verlag, DM 14,80).

elan spielt Weihnachtsmann

Schrieben wir in der letzten Ausgabe und setzten Werbeprämien aus. Obwohl die Nr. 11/66 sehr spät erschien – die ersten Werbekarten trafen bereits ein: aus München, Hilden, Stuttgart, Nürnberg, Berlin und Dinslaken.

Hier noch einmal die Prämien:

**Für 1 neuen Leser
ein Taschenbuch, Rödl: Vietnam
oder eine Single-Schallplatte.**

**Für 3 neue Leser
ein Buch**

**für 5 neue Leser
1 Ostermarsch-Pulli oder
1 Transistor-Radio**

**für 10 neue Leser
1 schicke Handtasche oder
1 moderne Kollegmappe**

**für 15 neue Leser
1 Plattenspieler**

**für 20 neue Leser
1 Kamera Polaroid-Swinger**

Eine Kamera mit ganz besonderem Pfiff: jedes Foto könnt ihr wenige Sekunden nach der Aufnahme fix und fertig der Kamera entnehmen. Bestellkarten schicken wir Euch gern zu. Jeder neugeworbene Leser bestellt elan für mindestens ein Jahr. Schreibt auf die Bestellkarte, welchen Preis Ihr haben möchtet. Beim OM-Pulli Farbe und Größe angeben. Und nun, Daumendruck und viel Erfolg.



Oben: Der Fuhrmannskittel lieferte die Idee für dieses Hemdblusenkleid, beige/grün grau-gestreift. Schnüpfen Sie in die Strumpfhose! Ein aperter Hausanzug! Adrett und leicht zu pflegen, weil aus cottonova. Abends kurz durchwaschen, tropfnäss aufhängen und morgens frisch anziehen. Bügeln überflüssig. Modell: aus Cottonova

Links: Unendlich viele Variationen bietet der längst salonfähig gewordene Modeschmuck, wie diese besondere Kette aus Primor. Modell: Primor

MODE



Zu einem wichtigen Buch auf dem deutschen Büchermarkt:

Günter Wallraff:
„Wir brauchen Dich“

Rütten & Loening, München
156 S., DM 14,80

Dieser Wallraff ist ein Ärgernis. Kein gemachtes, kein manipuliertes. Er ist ein echtes Ärgernis! Was er in seinem Buch aussagt, war einigen Interessierten zwar schon bekannt, Unternehmern, Gewerkschaftern, ein paar Literatur-interessierten, wenig oder überhaupt nicht Arbeitern, denen diese Reportagen in erster Linie zu lesen empfohlen werden, damit sie endlich einmal sehen, wo sie stehen, wohin sie treiben, wohin sie im Zeitalter des Neo-Kapitalismus (der gar nicht so neo ist) mit Zuckerbrot und Peitsche gelockt werden, damit ihnen endlich einmal die Brille der Betriebsblindheit von der Nase fällt.

Obwohl diese Reportagen in vielen Zeitungen des In- und Auslandes bereits publiziert wurden, der Rundfunk einige lesen ließ, Wallraff einige Prozesse über sich ergehen lassen mußte (wer muß das nicht, sagt er etwas gegen die Tretmühlentaktik der deutschen Industrie, ich habe es selbst erlebt), ist nun doch darüber erschreckt, was Wallraff gesammelt hier vorlegt. Ein düsteres Zeitalter tut sich auf, menschliche Erniedrigung, Erniedrigung des Menschen, eingehaftet von Chrom, Glas und Beton, VW und Urlaub in Rimini, und was

diesen Wallraff so ärgerlich macht, ist, daß eben alles stimmt, was er sagt. Der Autor mit seiner messerscharfen Beobachtung piekt uns jedes Sandkorn einzeln aus den Augen, das Wohlstands-Propagandisten ihrer Umwelt jahrelang in die Augen streuten.

O Herr, laß Licht werden über Gerechte und Ungerechte, möchte man schreien, „Hauptsache es wird überhaupt Licht. Ja, muß man sich die Frage stellen, gibt es in unserem feinverstürtzten Industrie-System überhaupt Ungerechte? Auch Wallraff kann das nicht beantworten, er hat auch nicht die Absicht, er zeigt vor: Seht! Welch ein Mensch. Es gibt bei Wallraff nur Getriebene. Die Treiber sind anonym. Niemand treibt bewußt, es ist halt so. Der Mensch treibt den Menschen, die Oberen die Unteren, die Unteren sich selbst, damit sie bei den oberen eine bessere Nummer haben. Jeder treibt jeden, man treibt sich gegen- und untereinander — es ist halt so, alle aber werden von der Anonymität moderner Betriebe getrieben, wo nicht der Einzelne für etwas verantwortlich gemacht werden kann, auch der Arbeiter fängt an Aktionär zu werden — also ist er Jäger und Gejagter zugleich.“

Sicherlich, der Arbeiter heute hat noch die Freiheit zu sagen: Ich mache hier nicht mehr mit, ich gehe, ich such mir was anderes. Theoretisch hat er die Freiheit, wahlgemerk. Aber das andere, so besagen es Wallraffs Reportagen, ist wieder dasselbe, wenn auch mit anderen Vorzeichen, ob der Betrieb nun ein Automobilwerk ist, eine Werft, ein Rohrwerk oder ein Stahlwerk — was auch immer produziert werden mag, es trifft zu, was Christian Geißler in seinem Nachwort schreibt: „Man hat dort mit dem Menschen durchaus nichts Böses vor. Auch nichts Gutes. Man hat mit dem Menschen überhaupt nichts vor. Man hat Profit vor. Und der Mensch ist nur eines der Mittel, ihn zu erreichen und zu steigern.“

Hier möchte ich aus meinem Erfahrungsbereich noch ergänzen: Wenn man mit dem Menschen, der als Mittel immerhin zerstörbar ist, nicht nur nach christlich-religiöser Sicht, da soll er nämlich eine Seele haben, also nichts Gutes vor hat, dann doch zwangsläufig etwas Böses. Denn nichts vorhaben mit dem Menschen in unserer Zeit ist ja schon das Böse unserer Zeit, wo sich Unternehmer und Parteien das Mäntelchen christlich umhängen,

um gegen alles geschützt zu sein, was im Namen der Christlichkeit alles an Verbrechen geschieht. Sie geben vor, das Abendland zu retten gegenüber dem Kommunismus, und zerstören, was das Abendland ist — den Menschen.

Als ich Wallraffs Reportagen mit wachsender Empörung und nicht ohne Erschütterung las, kamen mir die Worte eines alten Kumpels wieder in den Sinn, der mir einmal — sinngemäß — unter Tage sagte: Was sind wir denn? Ein Haufen Dreck sind wir und die Schippe ist die Börse. Wir werden nicht mehr verfrautet, nein, wir werden jetzt umgelegt. Und KZ? Was schreien die immer. Vierzig Jahre in einem Betrieb, das ist schlimmer als KZ. Und wenn du nicht wolltest, wie die da oben wollten, ob sie Nazis, vor den Nazis oder nach den Nazis waren, die haben dir das Wollen schon beigebracht. Immerhin hat man Familie, eine betriebsgebundene Wohnung, damit haben sie alle Macht. Nach vierzig Jahren im Betrieb bekommt man in einer Feierstunde eine goldene Uhr. Im KZ bekamen sie, wenn sie überlebten, die Freiheit. Bittere Worte eines Zecheninvaliden.



Nein, nicht ein zu knapp geratenes Textil, sondern der neue Stil für Gemütlichkeit ist dieses praktische Strumpfhosenkleid aus Cottonova-Flanell. Rot-schwarz/weiß-Pepita mit halbfernem Eckenkragen und lustigen Gehschlitzten. Modell: aus Cottonova



Diese handgearbeitete Freude können auch Sie sich und Ihren Bewunderern machen. Erforderlich dazu sind: grüne Wolle, weiße Wolle — beide von Junghans, eine große Häkelnadel und einige Stunden Freizeit. Immer mehr Angehörige des weiblichen Geschlechts pflegen jetzt dieses schöpferische Hobby. Nur Mut, die üppigen Zöpfe auf dem Hänger sind viel einfacher als man denkt. Modell: aus Junghans-Wolle



Geordnete Akten sparen viel Geld. Blusen aus Cottonova erleichtern die Pflege, denn sie glätten sich nach dem Waschen von selbst. Kein Bügeln, kein Knittern! Das kragenlose Modell links in wärmender Flanell-Qualität, mit schwarz-weißem Karo. Rechts ein Dessin in rot-marine. Modelle: Cottonova



Selberstricken ist ein Hobby, das Freude macht und außerdem nützlich ist. Oder finden Sie den neuen Sportpullover nicht adrett? Recht einfach und flott von der Nadel weggestrickt in gelber und blauer Junghans-Wolle. Sie ist gerade für's Handarbeiten prima geeignet ... Modell: aus Junghans-Wolle

Von
Max von der Grün

Das zerstörte Märchen

den, der nach vierzig Jahren Arbeit unter Tage nicht in die Freiheit entlassen wurde, obwohl er überlebte, nein, in die Silikose, die ihm die wenigen Jahre seines Dahinfinstens zum Martyrium macht. Seht, welch ein Mensch.

Aber in unseren Werkszeitungen lesen wir von Glanz und Gloria, vom Fortschritt, von Sauberkeit. Manchmal mutet die Gewerkschaft auf, wenn es die Konstellation am bundesdeutschen Christhimmel erforderlich macht, sie jault und schreit, wie ein getretener Hund. Aber, schreit sie auch, wenn sich plötzlich aus der Masse der Arbeiter ein Individuum erhebt und schreit, daß die Gewerkschaft heute mehr zu tun habe als die Arbeiter an die Futterkrippen Babylobis zu verfrachten? Daß sich die Gewerkschaft heute wieder besinnen muß, das Individuum zu stärken, dem Arbeiter ein Selbstverständnis zu geben, damit der Arbeiter sich besser orientieren kann, das haben, meiner Ansicht nach, noch nicht genug Gewerkschaftsfunktionäre begriffen. Es ist beklemmend, wenn man heute von Arbeitern hört — auch und gerade von Gewerkschaftsmitgliedern — was sie über ihre eigene Gewerkschaft

zu sagen haben. Die meisten sagen gar nichts, sie winken ab. Wäre der Arbeiter, das unbekannte Wesen, heute das, was uns Wallraff so makaber vorführt, wenn die Gewerkschaft an dieser Wohlstandsschraube nicht mitgedreht hätte? Diese Leute sollen doch endlich einmal aufhören, gegen die „Sogenannten“ drüber zu wettern, wenn die Partei ein paar Kritiker kritisiert oder aus der Partei ausschließt. Was tut die Gewerkschaft hier? Wenn sie kritisiert wird, hört bei ihr die Demokratie auf. Viele der gewerkschaftlichen Publikationen sind genau so stinklangweilig wie die diversen Werkszeitungen; ja, die Fabel von Schönheit der Arbeit und Arbeit macht frei, in den Werkszeitungen liest sich besser, weil zumindest besserer Journalismus gemacht wird.

An den großartigen Betriebsreportagen Wallraffs — wohl zum ersten Male in dieser komprimierten Form seit Kriegsende auf dem deutschen Buchmarkt — ist noch etwas auszusetzen, aber das betrifft weniger den Autor als den Verlag. Warum, so frage ich mich, werden Städte und Betriebe mit Buchstaben bezeichnet, mit G. B.

XYZ, warum werden diese Ausgeburten wohlstandsgemäßer Ausbeutung nicht mit Namen genannt. Der Betrieb ist irgendwo in Deutschland — natürlich, auf dem Mond kann er nicht sein. Hat der Verlag Angst? Vor wem hat er Angst? Vor der Anonymität, die Wallraff zu entblößen sucht? Kommt es dem Verlag gar nicht auf die Geißelung der Gegenwart an, auf Sichtbarmachung unbekannter Wirklichkeiten? Will der Verlag nicht einen Beitrag leisten zur Bewältigung der Gegenwart? Wollte der Lektor vielleicht sagen, wir wollen den Autor schützen? Jetzt aber sind erst recht Unterstellungen Tür und Tor geöffnet. Wenn der Verlag das Risiko auf sich nimmt, so etwas zu verlegen, dann muß er nicht ein halbes Risiko eingehen, denn ein halbes ist gar keines — nur Sensationsgescherei.

Trotzdem, dieser Wallraff ist ein Ärgernis, darum scheint mir, ist er nicht hoch genug zu loben — weniger wird er gelobt werden von professionellen Kritikern, die das Gras bundesdeutscher Literatur wachsen hören. Das sei hier festgehalten: Wallraff hat über die wirkliche Wirklichkeit in unserem Staate mehr ausgesagt

— nüchtern, prägnant, herzbeklemmend, und mit einer Beobachtung, die erschreckt und schreien macht — wie es sämtliche Bestseller der letzten Jahre zusammen genommen nicht vermochten. Was schrieb Richard Dehmel 1913 an Paul Zech: „Diese Scharwerkerei bringt uns weiter als alle schöngestigte Flitterdichtung.“

Das sollten sich nicht nur die Herren am Wannsee, wie Geißler so treffend schreibt, hinter die Ohren kleben, vor allem die, die glauben, die deutsche Literatur zu repräsentieren. Die repräsentieren doch, bei Lichte besehen, nur ihre privaten Bett- und Klogeschichten. Bei Wallraff könnten sie in die Schule gehen, lernen, wie man ohne Höllerers Coloquium schreiben kann, und dabei noch etwas sagt. Allerdings erfordert das Sachkenntnis, Erlebnis, Leiden, Mitleiden. Das ist viel — für die Angesprochenen zu viel.

Wallraff — ja, wir brauchen dich, damit der beleidigte Mensch in unseren betrieben wieder zu seiner Würde kommt. Wenn es doch mehr Wallraffs gäbe, wenn es doch ...



**elan
sprach mit dem
roten
Reimann**

Fortsetzung von Seite 6

Kaufkraft zu erhalten, wäre als erstes notwendig, die Rüstungsausgaben um mindestens 5 Milliarden Mark zu senken. Sie würden damit auf den Stand von 1960 zurückgeführt. Diese Summe wäre für eine Armee, die ausschließlich Verteidigungsaufgaben zu erfüllen hat, völlig ausreichend. Ich glaube, daß auch drastische Maßnahmen gegen alle Preisseigerungen und eine höhere Besteuerung der Einkommen und Vermögen von Millionären und Großkonzernen wesentlich zur Stabilisierung der Wirtschaft beitragen würden. Die Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen nach höheren Löhnen, Gehältern und Renten, die zur Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung führen würde, wären ein wichtiges Mittel zur Belebung der Wirtschaft. All das ist jedoch nur möglich, wenn der politische Kurs geändert wird. Denn eine stabile Friedenswirtschaft erfordert auch eine konsequente Friedenspolitik.

elan: Von sehr unterschiedlichen politischen Kräften wird heute die Auffassung vertreten, das KPD-Verbot müsse aufgehoben werden. Welche Möglichkeiten sehen Sie für eine Aufhebung des Verbots und für eine ungehinderte politische Betätigung der Kommunisten?

Max Reimann: Ich bin der Auffassung, daß die Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbots deshalb zunimmt, weil die Erkenntnis wächst, daß das KPD-Verbot nicht nur gegen die Kommunisten, sondern gegen alle Anwendung fin-

det, die der gegenwärtigen Regierungspolitik eine eigene Alternative entgegensezten. Damit erweist sich das KPD-Verbot als Knebel für alle demokratischen Kräfte.

Wenn sich bei einer Umfrage des ASTA an der Universität Erlangen 60 % der 2000 befragten Studenten für die Wiederzulassung der KPD aussprechen, so nicht zuletzt deshalb, weil angesichts der Krise in Bonn deutlich wird, daß die bisher von der CDU/CSU verfolgte Politik gescheitert ist, und die Menschen auch von den Kommunisten wissen wollen, wie es jetzt in der Bundesrepublik weitergehen soll. Es ist doch eine Tatsache, daß die Kommunisten von Anfang an vor dieser Politik gewarnt haben und ihr eine eigene demokratische und friedliche Alternative entgeggestellt.

Was die Möglichkeiten anbetrifft, das Verbot der KPD aufzuheben, so muß man zunächst davon ausgehen, daß das Verbot der KPD ein politischer Akt der Bundesregierung war. Auf ihren Antrag hat das Bundesverfassungsgericht das Verbotsurteil gefällt. Deshalb bin ich der Auffassung, daß die Bundesregierung auch durch einen politischen Akt das Verbot wieder rückgängig machen muß. In dieser Auffassung befindet sich mich in Übereinstimmung mit zahlreichen Juristen in der Bundesrepublik und im Ausland.

Ich hege jedoch keinerlei Illusionen etwa der Art, daß die Bundesregierung die Aufhebung des KPD-Verbots als Geschenk präsentiert. Ich sehe den Weg zur Wiederherstellung der Legalität vor allem darin, daß sich im Kampf für eine neue Politik des Friedens, der Demokratie, der Verständigung und der sozialen Sicherheit immer mehr Menschen davon überzeugen, daß die Kommunisten ihre Interessen vertreten und daß eine legale KPD darum auch für sie vorteilhaft ist. Der dadurch anwachsenden Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbots wird sich nun auch eine Bundesregierung, gleich wie sie aussieht, auf die Dauer nicht entziehen können.

elan: Eine Zusatzfrage dazu: Aus zahlreichen Presseveröffentlichungen geht hervor, daß besonders junge Menschen am Gespräch, am politischen Meinungstreit mit den Kommunisten interessiert sind. Wie beurteilen Sie diese Tatsache?

Max Reimann: Die Jugend sucht die Wahrheit. Sie sucht Antwort auf viele Fragen, die ihr im Leben begegnen. Sie will wissen, warum führt Amerika Krieg gegen das vietnamesische Volk? Die Bundesregierung, die als einzige Regierung in Europa den schmutzigen Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk moralisch, politisch und wirtschaftlich vorbehaltlos unterstützt,

kann der Jugend keine befriedigende Antwort auf ihre Fragen geben.

Die Jugend möchte wissen, warum ein Mann, der unter den Nazis Konzentrationslager baute, heute Präsident der Bundesrepublik sein kann. Sie wehrt sich gegen die Einschränkung der Demokratie durch Notstandsgesetze. Sie verlangt Antwort auf die Frage nach der Gestaltung ihrer Zukunft. Sie will wissen, warum ihr bei den Bemühungen um Verständigung mit der Jugend der DDR und den anderen sozialistischen Ländern Schwierigkeiten bereitet werden. Alle im Bundestag vertretenen Parteien können ihr darauf keine befriedigende Antwort geben. Da es immer deutlicher wird, daß es so wie bisher in der Bundesrepublik nicht weitergehen kann, nimmt vor allem unter der Arbeiterjugend das Mißtrauen gegen die CDU/CSU-Politik zu.

Viele Jugendliche beginnen heute daran zu zweifeln, daß ihre Vorstellungen von der eigenen Zukunft im Rahmen dieser Verhältnisse zu verwirklichen sind. Es wächst die Erkenntnis, daß die Fortsetzung des bisherigen Weges der Bundesrepublik eine gefährliche Situation für unser Volk und damit auch für die Jugend heraufbeschwört.

Die Jugend möchte auch wissen, was ihr die Kommunisten zu bieten haben. Denn die kommunistische Idee wird durch die Friedenspolitik und die Erfolge der sozialistischen Staaten für die Jugend immer attraktiver. Ist es da verwunderlich, daß die Jugend auch in der Bundesrepublik ungehindert mit Kommunisten über ihre Zukunft und über die Lösung der Gegenwartsfragen reden möchte? Die gegenwärtig herrschenden Kreise können der Jugend keine Perspektive geben.

Wir Kommunisten sind Bürger der Bundesrepublik und leben in ihr. Obwohl die kommunistische Partei seit zehn Jahren verboten ist, kommen viele Menschen täglich mit Kommunisten zusammen, stehen mit ihnen am Arbeitsplatz, teilen mit ihnen die gleichen Sorgen und führen mit ihnen gemeinsam den Kampf um ihre Interessen. Bei diesem täglichen Zusammensein werden sie mit den Ideen der Kommunisten bekannt und erkennen immer mehr, daß diese mit ihren eigenen Interessen übereinstimmen. Die Kommunisten setzen sich für die berechtigten Forderungen der Jugend ein. Sie unterstützen ihre Forderungen nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, nach gleichen Bildungschancen, nach mehr Mitteln für Bildung, Kultur und Sport, nach einem Berufsausbildungsgesetz und nach Kündigungsschutz für die Jüngstesprecher in den Betrieben. Wir haben Vertrauen zur Jugend und wollen ihr selbst Verantwortung für die Gestaltung ihrer Gegenwart und Zukunft übertragen.

DAS SINNVOLE GESCHENK
ZU WEIHNACHTEN

LENINGRAD -

Die Stadt Peters I. und die Stadt Lenins, die Stadt der Zarenherrschaft und die Stadt der Oktoberrevolution, die Stadt herrlicher Bauten und die Stadt, die „ausgeradelt“ werden sollte, die Stadt fröhlicher Menschen und die Stadt Hungernder und Sterbender, die Stadt großen Leidens und die Stadt der Solidarität und Tapferkeit ihrer Bürger.

LENINGRAD - Stadt, die den Tod bezwang

— in diesem Bildband hat Heinz Bergschicker in Text und Bild die Entstehung, Entwicklung und die atemberaubende Geschichte Leningrads beschrieben.

450
**DOKUMENTAR
FOTOS**
aus
sowjetischen Archiven

Schriftstellergespräch mit Hans Günter Wallraff

elan führt am 7. Dezember in Essen eine Diskussion mit dem jungen Schriftsteller Hans Günter Wallraff durch.
19.00 Uhr im Jugendzentrum.
Veranstalter: Jugendzeitung elan und Club International Essen.
Unsere Leser und Freunde sind herzlich willkommen.

Leinen, Großformat, 276 Seiten
Preis DM 24,80
Stimme-Verlag Frankfurt/M.

BASAR

WINNETOU schreibt e l a n

Was halten Sie vom Krieg in Vietnam?
hat e l a n bekannte Stars
von Film, Funk, Fernsehen und Schallplatte gefragt.

Die Meinungen von Drafí Deutscher,
Fasia Jansen, Perry Friedman,
Dominique, Götz George, Suzie,
Dieter Süverkrüp und Bernd Spier
haben wir in e l a n Nr. 11/66
abgedruckt.

Vor einigen Tagen erhielten wir Post aus Paris. Von Pierre Brice, dem Film-Winnetou. Er schrieb:

„Ich bin gegen alle Kriege, weil ich selbst einen mitgemacht habe. Und ich weiß gut, was das ist.“



TIPS

CATERINA VALENTE ist auf ihrer neuesten LP in vielen Sprachen zu hören: in deutsch, englisch, französisch, italienisch, spanisch und portugiesisch. Begleitet wird Catrin von Bruder Silvio, den Valente-Singers und Luiz Bonfa. Weltbekannte Orchester, wie Werner Müller, Stanley Black, Johnny Keating, Addy Flor, Hagen Galatis und Edmundo Ros, sorgen für Rhythmus und Schwung. Ein gelungenes Valente-Portrait. (CATERINA VALENTE: PORTRAIT IN MUSIC, Decca, SLK 16 420-P, DM 18,-)

DIE ROLLENDEN STEINE eroberten sich mit dieser LP erste Plätze in LP-Paraden; kein Wunder, denn Titelhit „Mothers little helper“ stand wochenlang an der Spitze der Hitparaden. Hier wird also gebeatet, was das Zeug hält. Eine dufte Sache für diejenigen, die auf Beat and Stones „stehen“. (AFTER MATH von The Rolling Stones, Decca, SLK 16 415-P, DM 18,-)

GRAHAM BONNEY ließ mit seinem „Super Girl“-Hit alle Konkurrenten hinter sich. Ein Mann gegen populärste Beatgruppen. Graham erhielt von der TV-Show „Ready, Steady, Go“ Starthilfe und betätigt sich nicht nur als Sänger, sondern auch als Liedermacher. Sechs Songs dieser LP schrieb Graham selbst – den Superboy auch hier mit „Super-Girl“. (SUPER GIRL von Graham Bonney, Columbia, SMC 74 165, DM 18,-)



DOMINIQUE aus München ist hier auf ihrer ersten LP zu hören, u. a. mit „Der ewige Soldat“, „Sag mir wo die Blumen sind“ und „Die Antwort weiß ganz allein der Wind“. Neben diesen hingänlich bekannten Songs singt Dominique neue Texte, die man mit einem Wohlwollen „zeitkritisch“ nennen könnte. Themen: Krieg, Starfighter, Schlüsselkinder, Wohlstandsgesellschaft und – was im Kabarett überwunden ist, wird auf diesem Sektor offensichtlich modern – Pflichtnummer „die da drüber“.

Den Textern, Colpet, Bader, Bradtke, Pröttel und Rotter, die hier in Aktion traten, immer wieder für ihre Mühe zu danken, hängt uns so langsam zum Halse raus. Auch hier werden die guten Themen nur angerissen. Sprengstoff zur Diskussion ist nicht drin. Sie hüten sich, Kritik in irgendeiner Form zu üben. Die Texte bleiben allgemein. Schade. Oder ist es Absicht? Warum? Butter an die Fische ...

(KRIEG IM FRIEDEN von Dominique, Polydor/Stern-Musik, 249 078, DM 18,-)

MIREILLE MATHIEU, der man nachsagt, sie singe wie die Edith Piaf, wird zweifelsohne schon bald zu den großen französischen Chansonsängerinnen gehören. Ihre Stimme ist beeindruckend, ihre Chansons mitreißend. Dennoch wird wohl zu hoch gestapelt, die 20jährige Mireille mit der verstorbenen Piaf zu vergleichen. Aber hören Sie selbst. (MIREILLE MATHIEU, Barclay/Stern-Musik, MLP 15 240, DM 18,-)



JOAN BAEZ IN CONCERT erlebten tausende Bundesbürger Ostern 1966. Hier zwei hörenswerte Schallplatten zur Erinnerung. We shall overcome, Don't think twice, Te ador, Hush little baby, Battle Hymn of Republic (Glorie, hallelujah) sind auf einer großen Langspielplatte neben vielen anderen schönen Songs zu hören – eine Original-Konzert-Aufnahme. (Amadeo AVRS 9 118, DM 18,-)

Oh Freedom, Te ador, Virgin Mary, The Jordan River sind auf einer kleinen LP zu hören. Original-Aufnahme vom Newport-Folk-Festival 1963. Freedom ist einer der schönsten Songs, die Joan Baez singt. (Amadeo AVRS EP 15 637, DM 8,-)

JAN & SYLVIA, zwei jungverheiratete Nordamerikaner, singen alte amerikanische Balladen und Volkslieder für ihre kanadischen Landsleute. Sie gehören, so berichtet man, zu den bekanntesten nordamerikanischen Folkloregruppen. Hier eine LP, die uns nicht gefällt. Aber bitte schön: Geschmacksache.

(NORTHERN JOURNEY von Jan & Sylvia, Amadeo AVRS 9 159, DM 18,-)



MISSA SOLEMNIS – Ludwig van Beethovens größtes Chorwerk, die „Missa solemnis“, in einer Geschenk-Kassette zu einem erstaunlich günstigen Subskriptionspreis von 38,- DM – das ist ein Weihnachtsangebot der Deutschen Grammophon. Freunde klassischer Musik und solche, die es werden wollen, werden an dieser Aufnahme mit Herbert von Karajan und den Berliner Philharmonikern gewiß ihre Freude haben. Eine in musikalischer und technischer Hinsicht gelungene Aufnahme. Zugreifen! Der Subskriptionspreis gilt nur bis zum 14. Januar; danach kostet die Kassette 50,- DM. (Deutsche Grammophon-Gesellschaft, 2 Langspielplatten 30 cm SKL 195/196, DM 38,-)

KISS ME KATE dürfte nach „Fair Lady“ das populärste Musical sein. Kein Geringerer als Cole Porter schrieb die Musik, Günther Neumann sorgte für die deutschen Texte. Olive Moorefield und Peter Alexander wurden für diese LP gewonnen, schon das verspricht ein Leckerbissen für die Freunde leichter Musik zu werden. Und der Querschnitt, der hier geboten wird, ist ein Leckerbissen. Ein schickes, preiswertes Weihnachtsgeschenk ... (KISS ME KATE, mit Olive Moorefield und Peter Alexander, Ariola-Eurodisc, 74 343 IE, DM 18,-)

PS GEFLÜSTER

